

FANFARE



DAS INFOBLATT DER
FREIEN DEUTSCHEN JUGEND



■ SCHULDIG ■

Wegen fortgesetzter Unterstützung eines weltweiten
Systems des Terrors und der Barbarei, dem Kapitalismus.

Wegen gewerbsmäßiger Anstiftung mittels Bandenbildung zu Vertreibung,
Schleppertum, Menschenhandel, Mord, Raub und Krieg.



Schäuble, Wolfgang



Merkel, Angela



de Maizière, Thomas



von der Leyen, Ursula



Kaeser, Joe



Fitschen, Jürgen



Transparent am 28. August in Bremen

Was ist dran an den Lügen für den deutschen Michel?

Wohin gehen die Milliarden der angeblichen Rettungspakete in Griechenland?

An die „faulen“ und „korrupten“ Griechen, wie uns Schäuble, Merkel und Co. immer wieder weiß machen wollen und wie täglich von Bild bis FAZ gehetzt wird?

Die griechischen Arbeiter können nicht gemeint sein, arbeiten sie doch rund 600 Stunden im Durchschnitt pro Jahr mehr als die Arbeiter in West- oder Ostdeutschland.¹ Für die arbeitslosen Alten und die arbeitslose Jugend kann es auch nicht sein, denn diese leben in der Hauptsache von ihrer Verwandtschaft oder versuchen durch Flucht aufs Land zu überleben. Nach 12 Monaten Arbeitslosigkeit gibt's keinen Cent mehr vom Staat. Oder die Menschen verkaufen ihre Arbeitskraft für 4 Stunden täglich an 5 Tagen in der Woche und kriegen dafür 110€ im Monat.² Oder sie erhalten für 12 Stunden täglich 300-400€ im Monat.³

¹ www.fOCUS.de/finanzen/news/oecd-zahlen-zu-arbeitsstunden-fleissige-griechen-faule-deutsche-wer-in-europa-am-meisten-arbeitet_id_3842816.html
² http://www.deutschlandradiokultur.de/armut-die-erschuettert-arbeitslose-griechen_1013.de.html?drpm:article_id=308378
³ <http://www.griechenland-blog.gr/2015/08/linksregierung-und-400-euro-skilaven-in-griechenland/2135735/>



„Wenn man Druck macht auf ein Volk, dann steht es irgendwann auf. Das sei an die Adresse jener gerichtet, die uns hier jeden Tag an die Wand stellen wollen.“ Mikis Theodorakis, gerade 90 Jahre alt geworden, ist der bekannteste griechische Komponist des 20. Jahrhunderts. In Griechenland ein Volksheld. Kämpfte gegen die deutsche faschistische Besatzung im 2. Weltkrieg, gegen die griechische Militärdiktatur, wurde eingesperrt, gefoltert, verboten. Und steht bis in die heutigen Tage aufrecht an der Seite seines Volkes.

Die „korrupten“ Griechen können es auch nicht sein, da die sich vorzugsweise im Land ihrer korrupten Auftraggeber also in der BRD aufhalten. Dort erwarten sie im Zweifelsfall nur milde Bewährungsstrafen von der deutschen Justiz. So wie der ehemalige Leiter der Firma Siemens in Griechenland zu 10 Monaten auf Bewährung verurteilt wurde – von einem Münchner Gericht. Eine Auslieferung an Athen wurde abgelehnt. Dort wäre er vermutlich nicht so billig davongekommen. Schließlich wurde allein bis 2012 der Schaden, der dem griechischen Staat durch die Korruption von Seiten Siemens entstand, auf 2 Milliarden Euro geschätzt. Die Strafzahlungen auch von einer Reihe anderer deutscher Konzerne, nicht zuletzt aus dem Rüstungsbereich, erfolgen bei Urteilen in der BRD übrigens an den deutschen Staatsapparat – und nicht an den geschädigten griechischen Staat. So konnte sich z.B. schon das Land Bremen über eine Höhe von 37 Millionen freuen.⁴

Wer kriegt also die Milliarden? Was passierte mit den 13 Milliarden die Mitte August nach Griechenland überwiesen wurden? Schaut man sich an, wer beim dritten Hilfspaket Geber und wer Empfänger ist, so reibt man sich verwundert die Augen: Griechenland bekommt Geld von EZB, IWF, ESM/ESSF, um damit Schulden bei IWF, EZB und ESM/ESSF zu begleichen. Und ungefähr so sieht es mit den angeblich gesamten 86 Milliarden Euro des sogenannten 3. Hilfpaketes aus.

Nichts davon, dass die Rettungspakete an die „faulen Griechen“ gingen, ist wahr. Nur weil die deutsche Presse und die Regierung Merkel von Deutscher Bank und Co. bezahlt werden und diese Lügengeschichten immer wieder neu erzählen und neu ausschmücken, werden sie derzeit leider für den treudoofen deutschen Michel zur Wahrheit, die uns viele auf der Straße entgegenbrüllen, wenn wir ihnen Tatsachen wie oben erzählen.

Was hat das griechische Volk davon?

Einfach nur nichts? Nein. Sondern die Verelendung und Verschärfung der eigenen Rechtlosigkeit, der eigenen Unterdrückung:

⁴ <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/59174>

Schon 2011 wurde in Griechenland ein Buch zum Bestseller, das Hungerrezepte aus der Zeit der deutschen Besatzung im 2. Weltkrieg zusammengestellt hatte. Wegen Mangelernährung der Kinder wurde an vielen Schulen die Schulspeisung wieder eingeführt.

Und heute vier Jahre später hat sich die Situation des griechischen Volkes nochmal drastisch verschlechtert:

Inzwischen geht man in Griechenland in den Knast, wenn man seinen Strom oder seine Krankenhausrechnung nicht mehr bezahlen kann. Aktuell lebt etwa ein Viertel der griechischen Bevölkerung unter der Armutsgrenze, während weitere 37% von Armut bedroht sind. 25% der

Nieder mit dem deutschen Protektorat gegen Griechenland

Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter sind arbeitslos. Bei der Jugend waren es vor 2 Jahren schon mal 60%. Seitdem sind aber so viele vor dem Elend aus ihrer Heimat geflohen, dass es trotz fortschreitendem Arbeitsplatzabbau nur noch 50% Jugendarbeitslosigkeit sind. Viele Familien sind aufgrund der Arbeitslosigkeit auf die Rente der Großeltern angewiesen. In dieser Situation fordert die BRD eine weitere Kürzung der Renten. Diese wurden im Zuge der Krise und auf Drängen der BRD aber bereits um 40% gekürzt. Nach einem Jahr Arbeitslosigkeit verlieren die Menschen ihren Schutz durch die Krankenversicherung, viele sind zudem vom Verlust ihrer Wohnung bedroht.

Was die Rechte von Arbeitern betrifft, stellt der Internationale Gewerkschaftsbund in einer im Juni 2015 veröffentlichten Studie Griechenland auf eine Stufe mit Katar. Die Tarif-Freiheit ist dort faktisch abgeschafft. Das Streikrecht wurde massiv eingeschränkt und die Tarifsysteem praktisch aufgelöst.⁵

Warum deutsches Protektorat?

Wenn das Geld nicht ans griechische Volk geht, sondern wieder an die Geldverleiher selbst, wenn also dem griechischen Volk nicht geholfen wird, sondern es weiter

⁵ www.dgb.de/themen/++co++b3e8f3fa-0f8d-11e5-9916-52540023ef1a

verelendet wird, warum überhaupt immer wieder neue „Rettungspakete“?

Wir, Arbeiter in Ost- und Westdeutschland haben den deutschen Kapitalisten die Waffen geliefert, mit denen sie die Wirtschaften der anderen Länder Europas sturmreif schießen konnten.

Nicht, wie so gern behauptet, mit einer innovativen und leistungsfähigen Industrie, sondern weil wir mit Hartz4, Leiharbeit und Werkverträgen längst zum Billiglohnland Nummer 1 in Europa geworden sind! Nur so konnten sich die deutschen Monopole über die Krise seit 2008 retten und dabei noch zum Krisengewinner in Europa werden. Das ist das Geheimnis des deutschen Diktats über Europa. Von Spanien bis Estland. Von Italien bis Irland.

Und am weitesten ist dieses deutsche Diktat nun gegen Griechenland vorangeschritten und hat den Charakter eines Protektorats angenommen.

Es ist den Vertretern der deutsch geführten EU vorbehalten, der Anwendung von Recht und Gesetz, den Maßnahmen einer jeden griechischen Regierung in wesentlichen Bereichen der Außen- wie der Innenpolitik zuzustimmen oder sie abzulehnen. Der im Juli nach dem Nein des griechischen Volkes zu diesem Protektorat zurückgetretene griechischen Finanzminister Varoufakis hat dabei die Stellung des deutschen Imperialismus an der Rolle des deutschen Finanzminister Schäubles in den Ländern der „EuroGruppe“ in einem Interview im „New Statesman“ wie folgt beschrieben: Frage: „Und diese Gruppe wird von der deutschen Position dominiert?

Varoufakis: „Komplett und restlos.

Aber nicht von den Einstellungen – sondern vom deutschen Finanzminister.

Es funktioniert alles wie in einem gut abgestimmten Orchester, in dem er der Dirigent ist. Alles passiert in Abstimmung miteinander. Es gibt Momente, in denen das Orchester verstimmt ist, aber er holt es zusammen und bringt es zurück auf Linie.“

Jetzt da der griechische Ministerpräsident Tsipras seinen Rücktritt angekündigt hat, mahnt Merkel Athen: „Verträge gelten auch für neue Regierung.“

Es war 2010 der damalige „Deutsche Bank“ Chef Ackermann, der die Gunst der Stunde nutzte, als Griechenland von der Weltwirtschaftskrise hart getroffen war, um der griechischen Regierung die ersten

Sparmaßnahmen gegen das eigene Volk zu diktieren.

Heute 6 Jahre später wird aus einem Spardiktat ein Protektorat, dessen Wirtschaft zu Grunde ruiniert wurde.

Im Fall von Aufruhr und Unruhe in der Bevölkerung wird mit einer weiteren Verschärfung der Maßnahmen gegen das griechische Volk gedroht:

So meldete am 2.7. der Fernsehsender NTV: „Verteidigungsminister: Griechische Armee bereit, einzugreifen.“

Die Macht des Volkes

Es rumort unter den Völkern Europas.

Wenn auch noch nicht gleichzeitig. Wenn auch noch unkoordiniert.

Aber die Herrschenden Europas bekommen es mit der Angst zu tun.

Um ihre eigene Herrschaft zu sichern,

<http://www.n-tv.de/wirtschaft/23-40-Optimismus-bei-Anlegern-griechischer-Aktien-waechst-article15424081.html>



„Vive la Commune“ - „Es lebe die Kommune“ unter diesem Ruf begann das Volk von Paris am 18. März 1871 seine Sache selbst in die Hand zu nehmen. Zur Verteidigung von Paris gegen das preußische Militär und die bürgerliche Regierung Thiers, welche nach Versailles geflohen war und Paris an die Deutschen verraten hatte.

Zum ersten Mal gab das Volk seine Macht nach einer Revolution nicht mehr ab, sondern fegte den alten Staatsapparat der Ausbeuter beiseite und begann seinen eigenen aufzubauen.

Karl Marx, 1871 in seiner Schrift „Der Bürgerkrieg in Frankreich“ über die Macht des Volkes:

„Sie kann nicht niedergestampft werden durch noch soviel Blutvergießen. Um sie niederzustampfen, müssten die Regierungen vor allem die Zwingherrschaft des Kapitals über die Arbeit niederstampfen – also die Bedingung ihres eigenen Schmarotzerdaseins.

Das Paris der Arbeiter, mit seiner Kommune, wird ewig gefeiert werden als der ruhmvolle Vorbote einer neuen Gesellschaft. Seine Märtyrer sind eingeschreint in dem großen Herzen der Arbeiterklasse. Seine Vertilger hat die Geschichte schon jetzt an jenen Schandpfahl genagelt, von dem sie zu erlösen alle Gebete ihrer Pfaffen ohnmächtig sind.“

Daran hat sich bis heute nichts geändert. Und nichts fürchtet die Bourgeoisie in den Ländern Europas mehr, allen voran die deutsche, dass die Völker Europas schon in naher Zukunft dem Aufruf der griechischen Kommunisten folgen könnten, als diese im Mai 2010 von der Akropolis in Athen ein Riesentransparent mit der Losung „PEOPLES OF EUROPE RISE UP“ hängten. Das obige Zeichnung zeigt die Barrikadenkämpfe in den Tagen der Commune. Sie stammt aus der Comictologie „Die Macht des Volkes“ von Jaques Tardi nach einem Roman von J. Vautrin.

Wenn ich heute von der aktuellen Kriegsgefahr spreche, spreche ich von der Organisation des dritten Weltkriegs um die Neuaufteilung Europas durch den deutschen Imperialismus in Konkurrenz zum US-Imperialismus.

Das heißt nicht, dass der 3. Weltkrieg in Europa viel mehr in Osteuropa ausbrechen wird. Das kann sein und vielleicht wird man später einmal sagen, dass der Krieg im Jahr 2015 bereits begonnen hatte. Aber das wissen wir nicht. Genauso gut kann der Brandherd Asien der Auslöser für den Weltkrieg sein oder werden, dafür gibt es genauso Fakten und Hinweise. (US Kriegsminister Carter betonte erst in diesem Frühjahr, dass „Das meiste und beste militärische Material in den Pazifik verlegt wird“) Aber für den deutschen Imperialismus ist und bleibt der Schwerpunkt Osteuropa als Aufmarschgebiet gegen Russland.

Wir sehen dort, dass in den ehemals sozialistischen Staaten Osteuropas kein neuer Kapitalismus mehr entstehen kann.

Das einzige was diese neue Bourgeoisie kann, ist das ehemalige Volkseigentum zu rauben und zu zerstören. Ihr Staatsapparat ist ein durcheinander verschiedener Interessensgruppen aus Truppen der 5. Kolonne ausländischer Imperialisten und den Privatarmeen einzelner Oligarchen.

Bei meiner Recherche zu diesem Referat bin ich auf ein Referat aus dem Infobrief vom Januar 2012, unter dem Titel „Zur Kriegsgefahr heute“ gestoßen. Vor drei Jahren erklärten wir die aktuelle Kriegsgefahr aus der ökonomischen Unterwerfung europäischer Staaten, durch den deutschen Imperialismus, und wenn wir uns die Infobriefe aus dieser Zeit anschauen, dann reden wir vom Aufbau der Heimatfront, Polizeieinsätzen im Ausland und Bundeswehreinsätzen im Inland.

Aber wenn ich heute den Auftrag bekomme ein Referat „Zur aktuellen Kriegsgefahr“ zu erarbeiten, muss ich feststellen, dass die Kriegsgefahr viel konkreter geworden ist.

Der Deutsche Imperialismus ringt mit dem US-Imperialismus in Osteuropa um die Vorherrschaft. Noch geht es um die Frage, wem das Aufmarschgebiet für den 3. Weltkrieg gehört.

Der US-Imperialismus hat dafür seine bereits verstaubte Waffe, die NATO, zurückgeholt. Und überraschend schnell an die aktuelle Lage angepasst: Eine 40.000 Soldaten starke Eingreiftruppe wurde aufgebaut. Mit einer dauerhaft in Bereitschaft stehenden Speerspitze von 5.000 Soldaten.

Die Hälfte dieser Speerspitze stellt die deutsche Bundeswehr und damit läuft



Die Briefmarken in diesem Artikel sind vom Münchener Künstler Günter Wangerin zur Frage Merkel und Bundeswehr

das ganze auch unter deutscher Führung. Hauptquartier? Stettin!

Zur aktuellen

Kern der deutschen Beteiligung ist das 1. Deutsch-Niederländische Korps, eine Spezialeinheit die seit 2005 weltweit im Einsatz ist (sozusagen der Europäische Stier des 21. Jhd).

Und während die USA die NATO wieder kriegsfähig machen, treibt der deutsche Imperialismus die Initiative einer Europäischen Armee voran. Eine Armee, welche die ökonomische Kontrolle des Deutschen Imperialismus über die Staaten der Europäischen Union zementieren soll.

Die Probleme dabei sind ist klar, zum letzten Vorstoß von Jean-Claude Juncker mit heftiger Unterstützung der deutschen Kanzlerin und ihrem Außenminister äußerte sich auch Omid Nouripour Sicherheitspolitischer Sprecher der Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag: „Eine solche Entnationalisierung der Streitkräfte wäre aus seiner Sicht der größte Beitrag für eine Friedenspolitik auf der Welt. „Aber erstens kann es eine solche Armee nicht geben, solange es nicht eine europäische Außenpolitik gibt“, schränkte Nouripour ein. „Und zweitens gibt es ein paar Elefanten im Raum, zum Beispiel die Atomwaffen Frankreichs und Großbritanniens.“

Auch sollten langfristig in eine solche Armee auch Serben, Ukrainer und Russen eingebunden werden, sagte der Grünen-Politiker weiter. Wenn diese dann „miteinander da sind und die sich gar nicht mehr bekämpfen können, was will ich mehr“

Dafür wird auch schon fleißig geübt: die NATO führt fast wöchentlich Übungen durch. Daneben baut der Deutsche Imperialismus seine bilateralen Kontakte weiter aus:

1 Zeit-Online, 9. März 2015

Kriegsgefahr

Deutsch-Niederländisches
Luftlanderrettungszentrum erprobt
Schwanewede, 22.06.2015.

Zehn Tage lang haben das Kommando Schnelle Einsatzkräfte Sanitätsdienst „Ostfriesland“ (Kdo SES) und das niederländische 400 Gneeskundig Bataljon (400. gnkbat) aus Ermelo gemeinsam die notfallchirurgische Versorgung in einem zeltgestützten Luftlanderrettungszentrum geübt. Die bilaterale Übung „Quick Arrow“ in Schwanewede war die gemeinsame Vorbereitung auf multinationale Einsätze im Rahmen der European Union Battle Group (EUBG), den Krisenreaktionskräften der Europäischen Union, im Jahr 2016.

Wenn man sich die militärischen Aktivitäten in Osteuropa anschaut merkt man, der US-Imperialismus der im Herbst 2011 eigentlich die „pivot to Asia“ den Schwenk Richtung Asien ausgerufen hat, fährt große Waffen auf. Die Osteuropäischen NATO-Staaten werden aufgerüstet und die größten Manöver der Geschichte in diesen Ländern werden abgehalten. Dazu eine Auflistung an der ich nicht vorbeigekommen bin sie euch hier so zu präsentieren um die Situation zu verdeutlichen

+++ siehe Karte +++

Das sind die Fakten, jetzt kann man sich nach dieser Aufstellung fragen, ja wo ist er denn der Deutsche Imperialismus, vor dem wir immer warnen? Wo ist seine große Aufrüstung, wo sind die großen Manöver unter seiner Führung?

Und das ist genau der Punkt der deutsche Imperialismus ist den USA militärisch weit unterlegen. Aber genau das macht ihn umso aggressiver, er muss zurzeit um seine Stellung in Osteuropa fürchten, die er sich jahrelang aufgebaut hat. Die USA sind dabei Deutschland die politische Vormachtsstellung in Polen in Tschechien, dem Baltikum - kurzgesagt in Osteuropa - wieder streitig zu machen. Und genau das ist die Konfliktlinie.



Das Weißbuch 2016 – Die Regierungsrichtlinie für den Krieg

Schon jetzt im Entstehungsprozess des Weißbuchs 2016 wird deutlich, wo der Unterschied zum letzten Weißbuch ist.

Das Weißbuch 2006 war die Ausrichtung der Bundeswehr auf den Notstand der Republik nach Innen, also u.a. zum Einsatz im Innern, zur Verzahnung mit Polizei und Geheimdiensten, zum Aufbau des militärischen Heimatschutz und der Zivil-Militärischen-Zusammenarbeit.

2006 wurden die Nachfolger der Wehrmacht ausgerichtet gegen das eigene Volk, zur Sicherstellung der Ruhe an der Heimatfront.

Weiter hat der deutsche Imperialismus Gebiete abgesteckt für den deutschen Krieg und alle möglichen Kriegsgründe aufgezählt von der Rohstoffsicherung über die militärische Absicherung von Handelswegen bis zum Waffengang gegen Pandemien und sonstige sogenannte „Asymetrische Bedrohungen“. Die Bundeswehr wurde neu ausgerichtet, die derzeit unnütze Wehrpflicht ausgesetzt, ein Generalstab eingerichtet und eine Militärjustiz aufgebaut.

Und Trotzdem kündigte das deutsche Kriegsministerium im Januar an, dass es höchste Zeit ist bis 2016 ein neues Weißbuch herauszubringen, denn das letzte sei veraltet.

Die AG Außen- und Sicherheitspolitik der Weißbucherstellung meldet nach ihrer ersten Sitzung:

„Angetrieben durch faktische Verantwortung“

„Die Debatte wurde maßgeblich angetrieben durch die faktische Verantwortung und die Realitäten der deutsche Außen- und Sicherheitspolitik“, resümierte Arbeitsgruppenleiterin Sylke Tempel² nach der Paneldiskussion „Perspektiven der Sicherheits- und Verteidigungspolitik“. Der zunehmenden Abhängigkeit Deutschlands in außenpolitischen Bündnissen und der internationalen Sicherheitspolitik müsse auch im Weißbuch Rechnung getragen werden.³

Souveränitätsvorbehalte abbauen

Die von Verteidigungsministerin von der Leyen geforderte Weiterentwicklung des „vernetzten Ansatzes“ der deutschen Militärpolitik steht auch bei den anderen für die Erstellung des Weißbuchs

2 Sylke Tempel Chefredakteurin der „Internationale Politik“, deutsch-militaristischer Think-Thank
3 BmVg.de

zuständigen „Arbeitsgruppen“ ganz oben auf der Agenda. So sprechen sich die für die Untersuchung der „Perspektiven der Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ zuständigen Spezialisten dafür aus, die „Vernetzung“ der Mitgliedsstaaten von EU und NATO weiter voranzutreiben und etwaige „Souveränitätsvorbehalte“ zugunsten einer „stärkeren Integration der Bündnisse“ abzubauen. Nur auf dieser Grundlage lasse sich eine „erfolgreiche Bekämpfung“ von Aufstandsbewegungen („asymmetrische Bedrohungen“) weltweit sicherstellen, heißt es. Analog zu dem Expertengremium, das sich mit dem „nationalen Handlungsrahmen“ der deutschen Militärpolitik befasst, finden sich auch in dieser „Arbeitsgruppe“ ausschließlich Zivilisten. Unter Leitung von Sylke Tempel, Chefredakteurin der von der Deutschen Gesellschaft für Internationale Politik (DGAP) herausgegebenen Zeitschrift „Internationale Politik“, tagen hier unter anderem Joachim Krause, Direktor des Instituts für Sicherheitspolitik der Universität Kiel und Präsidiumsmitglied der DGAP, Thomas Bagger, Chef des Planungsstabs des Auswärtigen Amtes, sowie die langjährige Redakteurin der Wochenzeitung „Die Zeit“, Constanze Stelzenmüller, die aktuell für den renommierten US-amerikanischen Think-Tank „The Brookings Institution“ arbeitet.⁴

Die Unterstellung von Armeen anderer Länder, das wird einer der Hauptinhalte des neuen Weißbuch, denn es ist die Hauptfront des deutschen Imperialismus, die er zur Kriegsführung unabdingbar aufbauen muss. Die Form dieser Unterstellung ist mehrseitig. Bekannt ist die Unterstellung

⁴ german-foreign-policy.com

von polnischen Panzerbrigaden oder niederländischen Spezialkräften unter deutschem Befehl. Die internationalen Kräfteverhältnisse führen aber auch dazu, dass deutsche Brigaden einem polnischen General unterstellt werden, was gerade beschlossen wurde und bis 2016 in Kraft sein soll. Was nicht bedeutet, dass das weniger gefährlich wäre.

Der Aufbau einer EU-Armee ist die zweite Hauptaufgabe an dem der deutsche Imperialismus arbeitet. Immer wieder bringen deutsche Diplomaten, Politiker und Stiftungen das Thema an und versuchen die Diskussion voranzutreiben.

So zum Beispiel bei der Vorstellung der ersten Diskussionen um das Weißbuch 2016:

„In ihrer Rede beim Kolloquium sprach sich Bundesministerin von der Leyen erneut für eine schrittweise Vertiefung der Integration im Verteidigungsbereich mit dem Fernziel einer Europäischen Verteidigungsunion aus. Eine Stärkung der EU auf diesem Sektor bedeute stets auch eine Stärkung des europäischen Pfeilers in der NATO, so von der Leyen weiter.“

Und ein weiterer bedeutender Unterschied zu 2006 sticht heraus:

„Bei der Begrüßung der Experten hob die Ministerin hervor, dass die Sicherheitslage „komplexer, brisanter und weniger kalkulierbar“ geworden sei. Zusätzlich zu Bedrohungen wie den transnationalen Terrorismus, dschihadistischen Bewegungen, zerfallende Staaten und Cyber-Attacken erlebe die Welt die „Renaissance einer traditionellen Machtpolitik.“



Neben neuer Rüstungsspiralen zeige das Beispiel des Ukraine-Konflikts, wie autoritäre Staaten auf eine Form der „hybriden Kriegsführung“ zurückgriffen, um schwache Staaten durch militärische Mittel, ökonomischen Druck und Propaganda gezielt von Innen heraus zu destabilisieren.⁵

War Hauptthema des Weißbuch 2006 noch Terrorismus und asymmetrische Bedrohungen so steht heute der große Krieg auf der Tagesordnung. Ob nun Hybrid oder nicht klar ist es geht nicht mehr nur um die Sicherung deutscher Interessen sondern es geht um die Eroberung deutscher Ansprüche.

Am 30.05.15 schreibt der Spiegel: „Rückkehr der Landschiffe, Der Panzer galt als Relikt des Kalten Krieges, jahrelang hat die Bundeswehr die Bestände verringert. Nun soll ein neues Modell entwickelt werden. Was sagt das

⁵ BmVg.de



über unsere Zeit? [...] Ende Februar hatte Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen angekündigt, die „Leopard 2“-Flotte der Bundeswehr wieder aufzurüsten, (für 22 Millionen bei KMW) nachdem sie in den vergangenen Jahrzehnten dramatisch zusammengestrichen worden war. Vor Kurzem wurde bekannt, dass die Ministerin noch in diesem Jahr gemeinsam mit Frankreich damit beginnen will, einen neuen Kampfpanzer entwickeln zu lassen – den Nachfolger für den „Leopard“. (bis 2030)

Bündnisse unter Imperialisten sind immer nur zeitweilige Bündnisse wie die Weißbuchschreiber selber feststellen:

„Ad-hoc-Koalitionen – Bevorzugte Bündnisse von Morgen?“

[Ad hoc [at hɔk] (lat. für „zu diesem, hierfür“) ist eine lateinische Phrase und bedeutet „für diesen Augenblick gemacht“ oder „zur Sache passend“. Im übertragenen Sinne bezeichnet ad hoc improvisierte Handlungen (vgl. „aus dem Stegreif“) und Dinge, die speziell für einen Zweck entworfen wurden oder spontan aus einer Situation heraus entstanden sind. (wikipedia)]

Vielfach wurde im Workshop zudem die Frage nach den Perspektiven und dem zukünftigen Stellenwert von Ad-hoc-Koalition innerhalb und außerhalb bestehender Bündnisse aufgeworfen. Diese Koalitionen böten die Möglichkeit, flexibel und schnell auf Herausforderungen zu reagieren. Größere Flexibilität könne angesichts der Unübersichtlichkeit der Bedrohungen in einigen Fällen zwar von Vorteil sein, stellten aber gleichzeitig eine Herausforderung für

bestehende Bündnisse und Partnerschaften dar. **Hierbei müsse Deutschland vor dem Hintergrund seiner Interessen und Werte grundsätzlich und auf den Einzelfall bezogen Stellung beziehen, so die mehrheitliche Auffassung im Plenum.**“

Seit 2006 hat sich die Lage des deutschen Imperialismus massiv geändert, die Neuaufteilung der Welt ist nicht mehr nur Zukunftsaufgabe, sie steht jeden Tag auf der Tagesordnung der deutschen Banken und Konzerne, jeden Tag auf der Tagesordnung ihrer Regierung, dem Kriegsministerium und dem gesamten Staatsapparat.

Für die Auseinandersetzung mit den Hauptkonkurrenten USA und durch den vorübergehenden Sieg der marodierenden, kriegstreibenden Bourgeoisie in den

6 BmVg.de

ehemals sozialistischen Ländern braucht der deutsche Imperialismus Allianzen mit anderen Staaten. Noch mehr aber braucht er die wirtschaftlichen, staatlichen, militärischen Ressourcen anderer Länder, die er sich schon in Vorkriegszeiten unterstellt.

Die heutigen Manöver, die militärische wie politische Mobilmachung und die Aufrüstung künden vom dritten Weltkrieg. Sie sind nicht nur militärische Aufmärsche des kommenden Krieges, sie fördern zugleich die Achsenbildung der kommenden Kriegsparteien.

Und sind so laut, dass sie die Völker aufhorchen lassen.

Für uns stellt sich die Frage die Bertolt Brecht schon 1954 formuliert hat:

„Die deutschen Kapitalisten haben zwei Möglichkeiten in einem Krieg.

1. Sie verraten Deutschland und liefern es an die USA aus.
2. Sie betrügen die USA und setzen sich an die Spitze.“

Soweit die Analyse der jetzigen Situation. Ab jetzt geht es darum, praktisch zu werden!

Man

Dieses Referat wurde gehalten auf dem Auswertungstreffen der Jugendunterstützer der Internationalen Anti-kriegsaktion Klassenkampf statt Weltkrieg - 2015 von Berlin nach Warschau



„Nie wieder Krieg!“ Plakat von Käthe Kollwitz zum Mitteldeutschen Jugendtag von 1924

Kann es denn noch deutlicher zutage treten, dass das Ende des Kapitalismus längst da ist? Die Menschen fliehen. Und sie fliehen, weil sie nicht einmal mehr die Chance des Überlebens haben. Sie fliehen in die letzten Gebiete, wo es die Chance auf ein Überleben geben könnte.

Wie verständlich ist alleine diese Hoffnung auf ein Leben? Wie verständlich, dem entrinnen zu wollen, nur dahinzusiechen.

Kein Mensch begibt sich aus „Spaß“ oder „Kalkül“ auf einen Weg, der mit höchstem Risiko verbunden ist und bei sehr vielen mit dem Tod endet. Endet er nicht mit dem Tod, so endet er in der BRD derzeit mit einer Verbringung in Lager, einer Wartezeit von Jahren ohne bürgerliche Rechte, bei manch einem sogar mit Schüssen durch das SEK (wie in Bonn am 02.08.2015 als ein junger Guineer von 8 Schüssen durch SEK Düsseldorf schwer verletzt wurde).

Und das in einem Land, das maßgeblich mitverantwortlich dafür ist, dass weltweit die größte Völkerwanderung seit dem Zweiten Weltkrieg stattfindet. Es ist der Kapitalismus, der nicht mehr kann, als

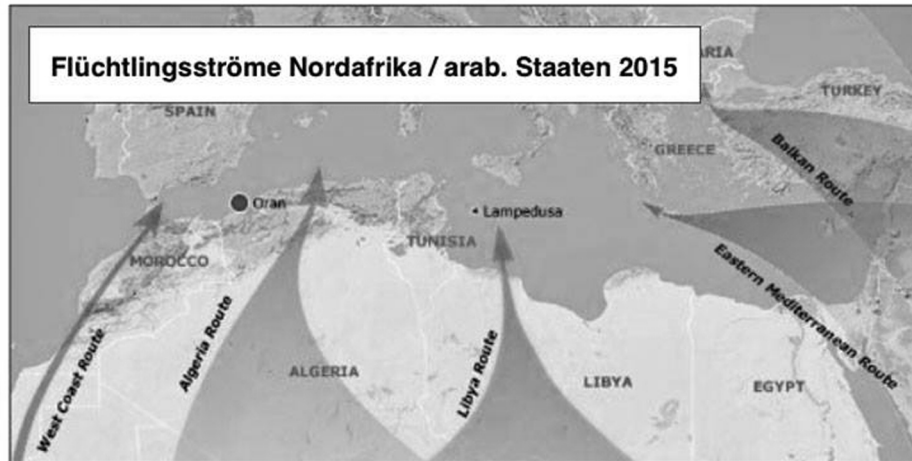
seine zerstörerische Kraft zu manifestieren. Der die Natur ausraubt, so dass die Menschen nichts mehr zu fressen haben. Der Länder zerschlägt, um ihrer habhaft zu werden und dadurch Millionen Menschen die Chance auf ein Leben nimmt.

„BERLIN/PRISTINA (Eigener Bericht)

Deutschland trägt maßgebliche Mitverantwortung für die Ursachen der Flucht zehntausender Menschen aus dem Kosovo. Dies belegt eine Analyse der Entwicklung in dem Sezessionsgebiet seit dem NATO-Überfall im Jahr 1999, dessen Vorbereitung unter führender Mitwirkung der Bundesrepublik geschah. Auch die anschließende Besatzung des Kosovo haben deutsche Politiker in leitenden Positionen mitgestaltet. Dabei haben sie geholfen, Kommandeure und Kämpfer der Mafiamiliz UÇK in Pristina an die Macht zu bringen, unter deren Herrschaft sich international scharf kritisierte soziale Verhältnisse

Die größte Völkerwanderung seit dem Zweiten Weltkrieg oder die Welt schreit nach dem Sozialismus

herausgebildet haben. In einem Bericht des Europäischen Rechnungshofs hieß es etwa im Jahr 2012, die Organisierte Kriminalität bestehe im Kosovo auf „hohem Niveau“ fort; im Europarat wurden sogar höchstrangige Politiker, darunter ein langjähriger Ministerpräsident, der Mafia zugerechnet. Die Armut grassiert; rund ein Sechstel aller Kinder leidet wegen Mangelernährung an Wachstumsstörungen - nach ungefähr 16 Jahren von NATO und EU geführter Besatzung, die maßgeblich von Berlin mitgestaltet wurde. Ohne Rücktransfers von Exil-Kosovaren könnten zahlreiche kosovarische Familien wohl nicht überleben.“ (german foreign policy, 13.08.2015)



Der Kapitalismus ist nicht mehr in der Lage, das zu tun, was ihn ausmacht: Menschen ihre Arbeitskraft abzukaufen und sie dadurch auszubeuten. Er braucht diese riesige Anzahl an Lohnarbeitern nicht mehr. Wenn er aber sein ureigenstes nicht mehr kann, wie marode ist dieser Kapitalismus dann bereits?

Mit letzter Kraft hält sich ein System am Leben, das an allen Ecken und Enden zeigt, wie wenig es noch in der Lage ist, zu funktionieren. Und gerade deshalb wird es auch immer gewalttätiger. Der Ausweg der Herrschenden ist nurmehr Krieg, Gewalt und Zerstörung.

Der deutsche Imperialismus hat das schon lange geahnt, nicht umsonst schrieb er im Weißbuch 2006 bereits, dass die Völkerwanderungen mit ein Grund sind, um sich hierzulande zu rüsten. Immer offener zeigt der Kriegskurs nach innen seine Fratze, indem er den Notstand der Republik etabliert hat. Diejenigen, die das mit als Erstes erleiden müssen, sind diejenigen, die noch nicht einmal den Schutz sämtlicher Grundrechte

genießen dürfen. Nun sind deren wenige bürgerlichen Rechte noch einmal drastisch verkürzt worden, weil die Bundesregierung das Aufenthaltsgesetz im Juli diesen Jahres erneut verschärft hat:

Verschärfung der Abschiebehaft

Die Möglichkeit, einem Flüchtling die Freiheit, eines der höchsten bürgerlichen Rechte, zu entziehen und jemanden einzusperren, ohne dass er etwas „verbrochen“ hat, außer, dass er in dieses Land geflohen ist, wird massiv ausgeweitet. Zukünftig soll dies u.a. möglich sein, wenn derjenige über seine Identität getäuscht hat bzw. seine Reisedokumente vernichtet hat: „der Ausländer ... gesetzliche Mitwirkungshandlungen zur Feststellung der Identität verweigert oder unterlassen (hat) und aus den Umständen des Einzelfalls ... geschlossen werden (kann), dass er einer Abschiebung aktiv entgegenwirken will, der Ausländer ... zu seiner unerlaubten Einreise erhebliche Geldbeträge für einen Schleuser aufgewandt (hat)“. Dass es keine Möglichkeiten gibt, „legal“ in dieses Land zu fliehen, weil man hierfür ein Visum bräuchte, es also de facto schlicht nur die Möglichkeit gibt, über sogenannte Schleuser in die BRD zu kommen, weiß jeder! Dass Flüchtlinge oft keine Pässe haben, weil sie diesen abgeben mussten oder ihn gegen Geld eintauschten, ist ebenso wenig ein Geheimnis. Es mag deutschem Ordnungsdenken entspringen, zu meinen, nur die ordentliche Einreise ist eine ordentliche Flucht! Mit der Realität der Flüchtenden hat das gar nichts zu tun; mit ihrer Freiheit sollen sie büßen, dass sie geflohen sind.

Weitere Möglichkeit:

„Ein entsprechender Anhaltspunkt kann auch gegeben sein, wenn der Ausländer

einen Mitgliedstaat vor Abschluss eines dort laufenden Verfahrens zur Zuständigkeitsbestimmung oder zur Prüfung eines Antrags auf internationalen Schutz verlassen hat und die Umstände der Feststellung im Bundesgebiet konkret daraufhindeuten, dass er den zuständigen Mitgliedstaat in absehbarer Zeit nicht aufsuchen will. Auf das Verfahren auf Anordnung von Haft zur Überstellung nach der Verordnung (EU) Nr. 604/2013 finden die Vorschriften des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit entsprechend Anwendung, soweit das Verfahren in der Verordnung (EU) Nr. 604/2013 nicht abweichend geregelt ist.“

Die Möglichkeit, „Dublin Fälle“ (das heißt Flüchtlinge, die ihr Verfahren in dem Dublin-Staat zu durchlaufen haben, den sie etwa als erstes betreten), in Haft zu nehmen, wird dadurch möglich. Ein eklatanter Verstoß gegen EU-Recht, das gerade vorsieht, dass allein die Überstellung in einen anderen Dublin-Staat kein Haftgrund sein darf! Zusätzlich wird die Möglichkeit geschaffen, einen so genannten Ausreisegewahrsam zu schaffen, also jemandem die Freiheit zu rauben, wenn er abgeschoben werden soll und sichergestellt werden soll, dass er auch ausreist.

Datenschutz und Schutz vor staatlichem Eingriff - ganz besonders nicht für Flüchtlinge

„Das wesentliche tatsächliche Hindernis für die Rückführung ausreisepflichtiger Ausländer ist in vielen Fällen die ungeklärte Identität, die die Beschaffung für die Rückführung erforderlicher Reisedokumente unmöglich macht. Dabei fehlt es bei vielen ausreisepflichtigen



Unter dem Vorwand der Schlepperbekämpfung treibt die Bundesregierung die Militarisierung der EU voran.

Bis Ende Juni war die Fregatte Schleswig-Holstein (Bild) noch mit dem offiziellen Ziel der Flüchtlingsrettung im Rahmen der Nato im Mittelmeer unterwegs. Aufgrund eines EU-Ratsbeschlusses wurde die EU-Marineoperation zur „Zerschlagung der Schleusernetze im Mittelmeer“ eingerichtet. Die EU bevollmächtigte sich selbst, nach der Aufklärung, in „der zweiten und dritten Phase der Operation (...) die an Bord befindlichen Gegenstände der Schleuser in Einklang mit dem Völkerrecht und in Partnerschaft mit den libyschen Behörden“ zu durchsuchen, beschlagnahmen und zu zerstören.

Wildwest im Mittelmeer: In Libyen gibt es seit Jahren keinen funktionierenden Staat mehr. Bemerkenswert ist auch, dass die Schiffe für diese EU-Militäroperation derzeit eine von der NATO unabhängige Kommunikationstechnik für den Einsatz erhalten. Diese Kosten tauchen dann sicher unter Flüchtlingshilfe auf. Ein neuer Posten, worunter zukünftig Milliarden für die Aufrüstung versteckt werden.

www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2015/05/18-council-establishes-naval-operations-disrupt-human-smugglers-mediterranean/
<http://augengeradeaus.net/2015/07/deutsche-kriegsschiffe-bereit-fuer-einsatz-in-eu-aktion-gegen-schleuser-im-mittelmeer/>

Ausländern schon an einem hinreichenden Anknüpfungspunkt für die mögliche Staatsangehörigkeit und mithin einem Anlass für weitere Ermittlungen in Zusammenarbeit mit den Behörden eines möglichen Herkunftsstaates. Entsprechende Hinweise lassen sich nicht nur schriftlichen Unterlagen, sondern in zunehmendem Maße auch Datenträgern entnehmen, die die Betreffenden mit sich führen. So können etwa die Adressdaten in dem Mobiltelefon eines ausreisepflichtigen Ausländers beziehungsweise gespeicherte Verbindungsdaten aufgrund der Auslandsvorwahl wesentliche Hinweise auf eine mögliche Staatsangehörigkeit geben. Erfasst sind zum Beispiel auch in elektronischer Form in (Klein-) Computern gespeicherte Reiseunterlagen. Die Gesetzesänderung beseitigt Rechtsunsicherheiten, indem sie die Mitwirkungspflichten nach § 48 Absatz 3 ausdrücklich weiter fasst und einen



Allein in diesem Jahr starben bei dem Versuch ihrem Elend zu entfliehen mehrere Tausend Menschen auf dem Weg in die Festung Europa.

Ausländer verpflichtet, auch Datenträger, die in seinem Besitz sind, den zuständigen Behörden auf Verlangen zur Verfügung zu stellen.“

Sowie:

„Die Behörden werden zur Auswertung von Datenträgern ermächtigt, soweit dies für die Klärung der Identität, der Staatsangehörigkeit und der Rückführungsmöglichkeit eines Ausländers erforderlich und die Maßnahme verhältnismäßig ist. Insbesondere dürfen keine mildernden, ebenfalls ausreichenden Mittel vorhanden sein. Dem Schutz des Kernbereichs privater Lebensgestaltung ist Rechnung zu tragen. Insoweit ist auch nur ein Bediensteter mit der Befähigung zum Richteramt zur Auswertung des Datenträgers berechtigt. Sofern der Ausländer den Zugriff auf den Datenträger schützt, z. B. durch die Notwendigkeit der Eingaben von PIN und PUK, ist er verpflichtet, die notwendigen Zugangsdaten zur Verfügung zu stellen. Die Entgegennahme dieser Zugangsdaten erfordert im Gegensatz zur Auswertung des Datenträgers nicht die Befähigung zum Richteramt.“

Ohne richterlichen Beschluss: Handy abgeben und durchsuchen lassen!

Ausweisungen - politische Flüchtlinge nicht gewollt!

„Ebenso schwer wiegt das öffentliche Ausweisungsinteresse bei Ausländern, die die freiheitliche demokratische Grundordnung oder die Sicherheit der Bundesrepublik gefährden. Hiervon ist auszugehen, wenn Tatsachen die Schlussfolgerung rechtfertigen, dass der Ausländer einer Vereinigung angehört oder angehört hat, die den Terrorismus unterstützt oder er eine derartige Vereinigung unterstützt oder unterstützt hat oder eine in § 89a Absatz 1 des



Bild: „Abschiebung“ von Günter Wangerin.

Wer auf seiner Flucht in Hoffnung auf ein besseres Leben nicht im Mittelmeer ertrunken, an einem Stacheldraht verblutet, in einem LKW erstickt oder von Frontex Leuten erschossen wurde, muss mit seiner Abschiebung rechnen. In den letzten Monaten wurden immer mehr Länder zu sicheren Herkunftsländern deklariert. Damit steigt die Wahrscheinlichkeit für Flüchtlinge, die aus diesen Staaten kommen, wieder dorthin abgeschoben zu werden. Die Einstufung als sicheres Herkunftsland sagt nichts darüber aus, ob bestimmte Gruppen von Menschen dort tatsächlich sicher leben können. So will die CSU, dass auch der Kosovo als sicheres Herkunftsland eingestuft wird, obwohl z.B. bekannt ist, dass Roma dort massiv diskriminiert werden.

Strafgesetzbuches bezeichnete schwere staatsgefährdende Gewalttat gemäß § 89a Absatz 2 des Strafgesetzbuches vorbereitet oder vorbereitet hat, es sei denn der Ausländer nimmt erkennbar und glaubhaft von seinem sicherheitsgefährdenden Handeln Abstand. Der Ausländer muss dies glaubhaft machen. ...

Die Einordnung als besonders schwerwiegendes Ausweisungsinteresse entspricht der besonderen strukturellen Gefährlichkeit, die von einem (verbotenen) Verein ausgehen kann. Der Ausländer, der als Leiter eines z. B. verfassungsfeindlichen Vereins tätig war, stellt in besonderer Weise eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung dar.

Das öffentliche Interesse an der Ausweisung eines Ausländers, der zur Verfolgung politischer oder religiöser Ziele Gewalt anwendet, zu Gewalt aufruft oder diese androht, wird als besonders schwerwiegend bewertet.“

Es war der Notstand der Republik, der § 89a StGB schuf und damit bereits sogenannte Vorbereitungshandlungen unter Strafe stellt: Eine Vorverlagerung des Strafrechts, die letztlich bedeutet, Gesinnungen bestrafen zu können. Es ist der deutsche Kriegskurs nach innen, der nun nochmal eins draufsetzt, indem er gerade diesen Paragraphen heranzieht, um diejenigen, die nicht die deutsche Staatsbürgerschaft haben, ausweisen zu können.

Es ist deutlich: Die Ausweisungen sollen die treffen, die politisch aktiv sind. Flüchtlinge, die sich organisieren, sich in Vereinen zusammenschließen, die geflohen sind, weil sie politisch in ihren Herkunftsländern kämpften, sollen hier nicht bleiben können. Treffen tut dies uns alle!

An

Alle Zitate sind aus dem Aufenthaltsgesetz (Gesetz über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet), zuletzt geändert durch Gesetz vom 27.07.2015 (BGBl. I S. 1386) m. W.v. 01.08.2015.

201 Millionen weltweit arbeitslos+++201 Millionen weltweit arbeitslos+++201 Millionen weltweit+++20

„Bis 2019 wird die Zahl der arbeitslosen Menschen von derzeit 201 auf 212 Millionen steigen. Mehr als 61 Millionen Arbeitsplätze sind seit Beginn der globalen Krise 2008 weggefallen. Unsere Prognosen zeigen, dass die Arbeitslosigkeit global bis zum Ende der Dekade steigen wird. Die Krise auf dem Arbeitsmarkt ist weltweit nicht überwunden und es gibt keinen Grund, in unseren Anstrengungen bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und ihrer Ursachen nachzulassen“, so ILO-Generaldirektor Guy Ryder.“

www.ilo.org/berlin/presseinformationen/WCMS_337926/lang--de/index.htm

13% Jugendarbeitslosigkeit+++13% Jugendarbe

„Junge Arbeitnehmer im Alter von 15-24 Jahren sind besonders von der Krise betroffen. Die globale Jugendarbeitslosigkeitsrate liegt 2014 bei fast 13 Prozent, ein weiterer Anstieg wird für die nächsten Jahre erwartet. Im Vergleich dazu haben ältere Arbeitnehmer die globale Finanzkrise seit 2008 besser überstanden.“

internationale Arbeitsorganisation (ilo) 20. Januar 2015

in die Slums+++ Vom Land in die Slums+++ vo

„Seit 2007 leben genauso viele Menschen in Städten wie auf dem Land. In Teilen Asiens und Afrika erreicht die Verstädterung derzeit Höchstgeschwindigkeit. (...) Doch der Satz „Stadtluft macht frei“ will oft nicht mehr passen. Manche der urbanen Riesen sind zunehmend von Chaos, Armut und Umweltproblemen geprägt.“

www.bpb.de/internationales/weltweit/megastaedte/

+++Wer profitiert?+++Wer

Weltweiter Landraub und damit die Vernichtung der Existenzgrundlage für 100.000de Menschen findet auch unter der Aufsicht des deutschen

Bundesentwicklungsministeriums (BMZ) statt:

So profitieren große Agrarkonzern erheblich von den hunderten Millionen Euros, die von der, vom BMZ kontrollierten Deutschen Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (DEG), einer Tochter der Staatsbank KfW im Jahr 2013 investiert wurden.

So stellt die Partei die Linke in einer Anfrage im Bundestag an die Bundesregierung mit Verweis auf eine Untersuchung des „Food First Informations- und Aktions-Netzwerk“ (FIAN) fest, „dass die DEG beispielsweise durch ihre Beteiligungen an der Paraguay Agricultural Corporation, die bereits heute 135000 Hektar Land in Paraguay kontrolliert, und ihre Finanzierung der Zambeef Products PLC, welche in Sambia über 100000 Hektar Land verfügt, die ungleiche Verteilung von Land und somit Landkonflikte vor Ort befördert und eine ländliche Entwicklung, die sich an dem Menschenrecht auf Nahrung orientiert, erschwert. Auch die Errichtung eines Windparks im Nordwesten Kenias, an der die DEG mit 20 Mio. Euro beteiligt ist, droht sich negativ auf die lokale, nomadisch lebende Bevölkerung auszuwirken.“

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/017/1801717.pdf>

+++ Beispiel Lagos +++B

„Lagos wächst so rasch wie kaum eine andere Metropole weltweit. Jedes Jahr nimmt die Zahl der Bevölkerung um rund fünf Prozent zu. In der Metropolregion Lagos leben über 11 Millionen Menschen, damit lebt fast jeder zehnte Nigerianer in Lagos - schätzungsweise. Denn wie viele Menschen tatsächlich in der Stadt am Golf von Guinea leben, ist unbekannt. (...)“

Täglich strömen Menschen aus dem Umland nach Lagos, in der Hoffnung auf Arbeit und eine bessere Zukunft für sich und ihre Familien.

(...)Dabei wächst Lagos spontan: Stadtautobahnen zerschneiden ganze Stadtviertel, in den Vororten grenzen Wohngebiete direkt an Müllhalden. Oft genug leben die Menschen in diesen Vierteln vom Durchsuchen und Verkaufen der Abfälle. Rund 53 Prozent der Haushalte in Lagos leben in Armut.“

<http://www.bpb.de/internationales/weltweit/megastaedte/64606/lagos>

Gemeinsame Erklärung von EBR, KBR und GBR Deutsche Post AG

Tausende Menschen sind derzeit aus den Krisengebieten auf der Flucht – allein in Deutschland werden rund 800.000 Flüchtlinge in diesem Jahr erwartet.

Sie flüchten, weil ihr Leben in ihrer Heimat von Krieg, Terror und Gewalt bedroht ist und sie keinen anderen Ausweg als die Flucht sehen. Dabei nehmen sie unsägliche Strapazen und Leid auf sich - bis hin zum Tod durch Ertrinken im Mittelmeer – um nach Europa zu gelangen. Diese Menschen erhoffen sich hier eine Zukunft in Frieden, Freiheit und Gewaltlosigkeit.

Bedauerlicherweise werden sie in Deutschland und anderen Ländern Europas nicht immer mit offenen Armen und Sympathie empfangen. Rechtsradikale Aufwiegler gehen an einigen Orten mit dumpfen Hassparolen auf verängstigte Bürgerinnen und Bürger zu und machen Front gegen Menschen, die in größter Not ihr Land verlassen haben und in Deutschland Hilfe suchen. Statt Hilfe und Unterstützung zu erfahren, sehen sie sich erneuter Bedrohung und Gewalt ausgesetzt.

Wir, der Europäische Betriebsrat, der Konzernbetriebsrat der Deutsche Post DHL sowie der Gesamtbetriebsrat der Deutsche Post AG, heißen alle Flüchtlinge herzlich willkommen!

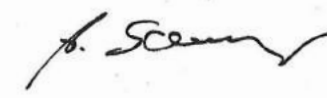
Jeder Hilfesuchende verdient unser Mitgefühl, unsere Mitmenschlichkeit und unsere aktive Unterstützung.

Wir haben kein Verständnis für jedwede rechtsgerichtete Gesinnung und fordern jede Beschäftigte und jeden Beschäftigten von DP DHL Group auf, sich davon zu distanzieren und sich dagegen aufzulehnen. Jeden Einzelnen bitten wir Verantwortung zu übernehmen und nach seinen Möglichkeiten sichtbare Zeichen von Mitmenschlichkeit, Zuneigung und Solidarität zu setzen.

Gemeinsam sind wir stark – wir begrüßen alle Flüchtlinge in unseren Kommunen, Regionen und Ländern herzlich in unserer Mitte!


Elmar Kallfelz
EBR-Vorsitzender


Thomas Koczelnik
KBR-Vorsitzender


Andreas Schädler
GBR-Vorsitzender

Treten wir ihnen in den Arsch!

Ein Kollege fragt mich, warum ich in der Gewerkschaft sei und was es ihm bringen würde, sich dort zu organisieren.

Meine Haltung ist: die Gewerkschaft ist unsere Organisation. Wir leben in einer Klassengesellschaft. Hier stehen die Interessen der Besitzenden, also die der Fabrik- und Bankbesitzer gegen die Interessen der für sie arbeitenden Bevölkerung. Also die Interessen der Milliardäre gegen die Interessen von Milliarden. Um unsere Interessen durchzusetzen, brauchen

wir unsere gemeinsame, organisierte Kraft. Nichts anderes machen doch die Herrschenden. Sie unterhalten einen Staatsapparat, um uns niederzuhalten und zu kontrollieren. Mit Millionen von Polizisten, Soldaten, Beamten, ...

Also: wie bündeln wir unsere Kräfte, um uns ein Leben aufzubauen, das nicht nur ertragbar ist, sondern ein Leben, das lebenswert ist? Wir brauchen eine organisierende Kraft. Wir brauchen eine Organisation – eine Kampforganisation! Und zumindest zunächst könnte und müsste

diese Aufgabe eine Gewerkschaft übernehmen. Da geht es zunächst einmal um Kämpfe für einen besseren Lohn, für geregelte Arbeits- und Freizeiten. Aber genauso auch um Kämpfe gegen Fremdvergabe und Leiharbeit. Bis hin zu Kämpfen gegen Gesetze, die der Staat der Herrschenden erlässt und die unsere demokratischen oder sozialen Freiheiten eindämmen.

Aus diesem Grund ist es nicht nur die Frage, was nützt es mir, mich in der Gewerkschaft zu organisieren. Sondern die Gewerkschaften sind Kampforganisation unserer Klasse.

So viel zur Theorie. Wie es in der Praxis aussieht, sahen wir nur Stunden später auf der Betriebsversammlung.

Egerland Car Terminal Bremen,
an einem Freitag im Juni 2015. Es treten auf:

- ☐ der Erste Bevollmächtigte der IG Metall Bremen (A)
- ☐ sein zuständiger Sekretär für den Betrieb (B)
- ☐ die zuständige Verdi-Sekretärin aus Osnabrück (C)
- ☐ der Vorsitzende des Konzern-Betriebsrats aus Osnabrück (D)
- ☐ der Betriebsratsvorsitzende aus Bremen (E)
- ☐ zwei Kollegen (F) und (G)
- ☐ der Personalchef der Egerland GmbH (1)
- ☐ der Niederlassungsleiter aus Bremen (2)

Anwesend ist die gesamte Belegschaft Bremens.

E: Liebe Kollegen, ich heiße euch herzlich willkommen zu unserer heutigen Betriebsversammlung, die aus Anlass des

Tarifabschlusses in Osnabrück stattfindet. Ihr wisst, unsere Niederlassung steckte die vergangenen Jahren in einer großen Krise, Chevrolet ist abgesprungen... aber gemeinsam mit der Geschäftsleitung sind wir auf einem guten Weg, raus aus der Krise. Wie ihr weiterhin wisst, ist es aufgrund der Krise so, dass wir die Tarifabschlüsse der Niederlassung Osnabrück prozentual für Bremen übernehmen. Heute sind wir hier, um darüber zu reden, was das für uns heißt.

Wir begrüßen unseren Niederlassungsleiter [Herr 2 steht auf und winkt fröhlich] und unseren Personalchef [Herr 1 bedankt sich für die freundliche Einladung]. Außerdem begrüßen wir Kollegen A und B sehr herzlich und es ist gut, dass Frau C und Herr D es auch geschafft haben.

A: Danke Kollege E, schön bei euch zu sein Kollegen. Frau C, wie kann es sein, dass sie bis heute die Kollegen hier vor Ort noch nicht über den zwei Monate alten Tarifabschluss informiert haben? Obwohl Sie meinen, hier zuständig zu sein! Wie kann es sein, dass sie noch immer nicht mich informiert haben über den Abschluss, obwohl ich hier vor Ort verantwortlich bin! Es war purer Zufall, dass ich dieses Flugblatt [hält



einen Zettel hoch], mit dem sie die Osnabrücker Kollegen informierten, über Umwege in die Hand bekam. Nur deswegen wusste ich von dem Abschluss!

(Der Leser könnte sich jetzt denken, dass ein Gewerkschaftssekretär, der es als seine Hauptaufgabe angibt, für einen besseren Lohn der Kollegen einzustehen, sich auch mal selber informieren könnte...)

C: Herr A, hier verantwortlich sind nach dem DGB-Schiedsgerichtsverfahren im vergangenen Jahr, bis zum kommenden Januar wir beide – sowohl Verdi, wie auch die IG Metall (IGM). Hier also davon zu sprechen, dass Sie verantwortlich seien...

Die Diskussion wird fortgeführt. Es ist mir nicht mehr möglich, alles wiederzugeben. Es fliegen Beleidigungen durch den Raum. Zwischendurch steht Kollege F auf und verlässt wutschnaubend über diesen Zustand den Raum. Kollegin G stellt laut die Frage in den Raum, warum sie sich denn noch in der Gewerkschaft organisieren solle, wenn sich die doch gegenseitig eh nur untereinander die Augen aushacken. Die Kollegin G bekommt keine Antwort, es wird sich weiter gestritten.

Die ganze Zeit über ist auch die Geschäftsleitung im Raum.

C macht mehrfach den Vorschlag, doch noch einmal in kleinerer Runde zusammen zu kommen, aber bekommt keine Antwort darauf – der Zank geht weiter. Bis...

A: Jetzt mache ich mal einen Vorschlag: Herr 1, könnten sie sich grundsätzlich vorstellen, den kompletten Tarifvertrag aus Osnabrück einfach für Bremen zu übernehmen und den Teil, der nur für Verdi-Mitglieder gilt – was ich noch immer für eine Unverschämtheit halte von euch! - einfach in „gilt nur für Gewerkschaftsmitglieder“ ändern? Dann könnten sie Herr 1, Frau C und ich alles weitere in kleinerer Runde besprechen.

1: Das halte ich für eine gute Idee. Frau C, können wir das so machen?

C: Das sag ich doch die ganze Zeit...! Ja, machen wir das so.

E: Schön. Dann würde ich jetzt unserem Niederlassungsleiter, Herrn 2 das Wort geben wollen.

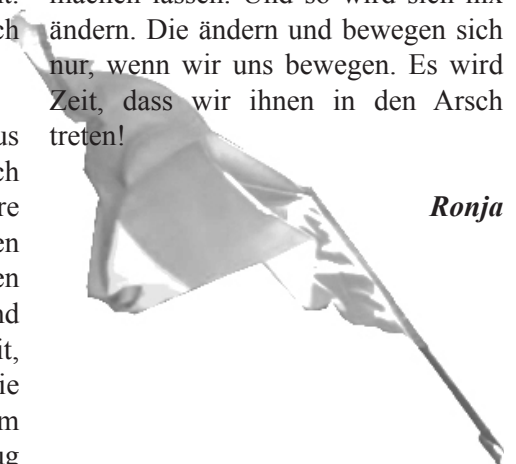
2: Liebe Kollegen! Schön, dass wir nun eine Einigung gefunden haben wie wir euch weiter ausbeuten können. Es war nicht einfach in den vergangenen zwei Jahren, E hat es ja vorhin bereits gesagt... da wir es aber gemeinsam auf einen guten Weg geschafft haben und es langsam wieder aufwärts geht, möchte ich euch zur Feier der guten Zusammenarbeit gerne auf Bier und Würstchen einladen und die Gewerkschaft darf selbstverständlich auch noch ihren Senf dazu beitragen. In einer Stunde geht's los!

Raucherpause, in zehn Minuten ist Feierabend. Wir stehen draußen und warten, dass wir ausstempeln können. Der Kollege von heute Morgen saß die gesamte Sitzung über schweigend neben mir, jetzt schaut er mich an und stellt mir die Frage: „Warum sollte ich mich noch einmal genau in der Gewerkschaft organisieren?“. Ich schaue ihn schweigend an. Ein älterer Kollege steht schimpfend neben mir: „Das war doch eben nichts als Kindergarten-Kino da drin! Was soll das bloß! Was ist denn nur aus den Gewerkschaften geworden!?“

Ich schweige. Auch mich hat dieses Theater gerade sprachlos gemacht. Doch nach fünf Minuten finde ich meine Sprache wieder.

Das eben da drin? Wir hätten sie aus dem Saal jagen sollen! Ja, eigentlich sind die Gewerkschaften doch unsere Organisationen! Aber wir haben die Sekretäre, die wir von unseren Mitgliedsbeiträgen bezahlen und dadurch freistellen von der Lohnarbeit, zu lange machen lassen. Wir haben sie freigestellt, um uns gegenüber dem Kapital zu vertreten. Aber nicht genug

nachgehakt, sie die letzten Jahrzehnte machen lassen. Und so wird sich nix ändern. Die ändern und bewegen sich nur, wenn wir uns bewegen. Es wird Zeit, dass wir ihnen in den Arsch treten!



Ronja

Zerschlagung und Abzocke war nur möglich dank? Ver.di! Schon 2007 bei der Telekom hatte Ver.di kein Rückgrat. Da war Frank Bsirske (er sitzt im Bundesvorstand der Partei mit den reichsten Mitgliedern) auch schon Vorsitzender. Andrea Kocsis wird ihn bei der diesjährigen Wahl wieder unterstützen. Du auch? Wenn du um die Gewerkschaft kämpfst (und das solltest du - trotz alledem), besser nicht. Andrea Kocsis ist Verhandlungsführerin; für die Ver.di - gegen die Deutsche Post AG. Das Ziel? DHL Delivery GmbH muss weg. Warum? Weil der Lohn 20% niedriger ist, die Belegschaft gespalten wird und insgesamt noch geschwächer herauskommt, als sie eh schon ist, nachdem die Post privatisiert wurde. Ergebnis? DHL Delivery GmbH bleibt! Was sagt sie dazu? „mit dem Abschluss sehr zufrieden“! Hat



sie mehrere Persönlichkeiten? So zu sagen! Wie geht das? Sie ist im Aufsichtsrat der Deutschen Post AG! Sie ist alles das nicht, wofür die Streikenden stehen! Denn sie haben nicht für ihre unmittelbaren Interessen gestreikt, sondern für ihre Kinder, für die Beschäftigten der DHL Delivery GmbH und stellvertretend für all diejenigen, die schon in Billigtöchtern und Subunternehmen beschäftigt sind, wie am Flughafen oder der Medienbranche. Sie kämpfen für

die Zukunft und zeigen praktische Solidarität. Die studierte Gewerkschaftsfürstin ist schon zufrieden, wenn sie auf Empfänge mit Shrimps und Sekt eingeladen wird und sich mit den Schönen und Reichen ablichten lassen kann. So kann sie sich sagen: „ich hab's zu etwas gebracht in meinem Leben“; während andere dafür bluten.

P.S.: Auf den abgelichteten Fotos mit ihr, ist sie nie zu sehen...

Streik Nachrichten

„Wir sind eine Belegschaft! Stoppt Leiharbeit und Fremdvergabe!“ lautet die Losung der Bremer Daimler-Kollegen. Hier zu sehen beim Streik am 02.12.14 – nicht der erste dieser Art und sicher auch nicht der Letzte! Mehrere tausend Kollegen sind zwischen Oktober und Dezember immer wieder draußen und streiken. Warum und wofür? „2700€ Brutto als Einstiegslohn am Band – so viel bekommen doch die wenigsten in der Republik!“ könnte man sagen. Aber diese Belegschaft beweist gleich zwei Dinge: 1. das der Widerstand nicht aus der Armut geboren wird – es meinen doch so viele, „dass sich viel mehr hier im Land bewegen wird, wenn es geht richtig dreckig geht!“ Und 2. geht's den Kollegen nicht einmal ums Geld! Man stelle sich vor, hier wird nicht

um drömelige 2-3% Lohnerhöhung gestreikt! Die Werkleitung hat angekündigt, einige Bereiche fremd vergeben zu wollen. Konkret wird's hier bei 140 Stellen in der Logistik. Dann sollen im Jahr 2016 ganze 92 Sonderschichten gefahren werden, usw. Der Kampf geht weiter! Gegen Arbeits-hetze und vor allem gegen die Spaltung der Belegschaft in Festangestellte, Werkver-tragler und Leiharbeiter.

Zetsche (Vorstandsvorsitzender Daimler AG) hatte 761 Kollegen eine Abmahnung wegen dieser Streiks unter den Weih-nachtsbaum legen lassen.

Über 30 Kollegen klagen dagegen. Denn hier geht es um mehr als die Abmah-nungen. Es geht darum, „dass man sein Streikrecht auch anwenden darf – nicht nur, wenn es sich um tarifliche Angelegen-

heiten handelt, sondern auch dann, wenn beispielsweise Produktionsabläufe fremd vergeben werden sollen, also mehr Mit-arbeiter mit Werkverträgen ausgestattet werden“, sagt Gerwin Goldstein vom Be-triebsrat.

Jetzt im Juli kam es zu einem ersten Gü-tetermin vor Gericht. Doch die Kollegen hatten keinen Bock sich gütlich mit ihrem Ausbeuter (Daimler) zu einigen und so geht es am 16.02.16 mit der Verhandlung vor dem Arbeitsgericht Bremen weiter.

Der Kampf gegen das Kapital kostet Geld also spendet in den Kampffond!

[Anja Luers, Berliner Volksbank, IBAN DE67 1009 0000 5650 0040 02, Stich-wort: STREIKRECHT]

Kontakt zu den Kollegen für Solidaritäts-adressen, u.ä. über Fanfare@FDJ.de



Der Sozialismus sei gescheitert. Ökonomisch, politisch und gesellschaftlich. Nach der Annexion der DDR wurde und wird das bis heute vielfach behauptet. Das viel beschworene Schreckgespenst der „roten Mangelwirtschaft“, die der Sozialismus angeblich sein soll, widerspricht jedoch grundlegend den Auffassungen und den realen Erfahrungen der Bevölkerung im Westen wie im Osten Deutschlands. Nach einer repräsentativen Umfrage „könnten sich 80 Prozent der Ostdeutschen und 72 Prozent der Westdeutschen ein Dasein in einem sozialistischen Staat vorstellen.“¹

Weltweit, auch in Deutschland, schwindet unter dem Eindruck der Weltwirtschaftskrise, das Vertrauen der Bürger in den Kapitalismus. 88% trauen diesem System nicht mehr zu, dass es die Fragen des Umweltschutzes, der sozialen Sicherheit und des sozialen Ausgleichs sowie des schonenden Umgangs mit den natürlichen Ressourcen, zum Wohle der Menschheit lösen kann.²

Unter diesen Bedingungen hat die These vom angeblichem „Scheitern“ des Sozialismus vorrangig einen Zweck: Das auf Ausbeutung, Raub und Umweltzerstörung beruhende Wirtschaftssystem soll als alternativlos dargestellt werden. Die Idee von einer Gesellschaft, in der soziale Sicherheit und Gerechtigkeit verwirklicht sind, soll als utopisch und realitätsfremd diffamiert werden.

¹ Umfrage: Viele Deutsche scheuen Leben im Sozialismus nicht; SPIEGEL Online 15.03.2010
² Wachstumsskeptisch; DIE ZEIT 18.08.2010



Zu einigen Fragen

Wir widersprechen solchen Darstellungen ausdrücklich. Die Behauptung, die DDR und die anderen sozialistischen Länder hätten zu keiner Zeit eine leistungsfähige Volkswirtschaft hervorgebracht, ist mit den Tatsachen nicht in Einklang zu bringen! Einzig und allein jene, die sich beharrlich den Realitäten in den ehemals sozialistischen Ländern verweigern, können so einen Unfug behaupten!

Die Wahrheit ist, dass die DDR bis zu den 1970er Jahren in den Rang eines der stärksten Industrieländer aufgestiegen ist. Von allen europäischen sozialistischen Ländern, genoss die Bevölkerung der DDR den höchsten Lebensstandard. Die Grundzüge des von ihr entwickelten sozialistischen Bildungssystems, nehmen sich bis heute kapitalistische Länder, wie z.B. Finnland, erfolgreich zum Vorbild.

Kapitalistischen Maßstäben einer erfolgreichen Ökonomie wurde die DDR also gerecht. Der Anspruch eines sozialistischen Staates auf Basis gesellschaftlicher Produktion sollte jedoch sein, immer mehr Menschen sowohl in die Produktion als auch in das restliche gesellschaftliche Leben zu integrieren. Beispielsweise die gesamtgesellschaftliche Organisation der Reproduktionsarbeit (Kindererziehung, Haushalt, Nahrungsversorgung usw.). Traditionell ist sie in den meisten kapitalistischen Gesellschaften Aufgabe der Frauen. Ein Ansatz dies umzusetzen, war die Schaffung zahlreicher Freizeit- als auch Betreuungsangeboten für die Heranwachsenden. Was bedeutete, dass die Frauen diesen Teil der Kinderversorgung nicht mehr übernehmen mussten, sondern arbeiten gehen konnten, also finanziell unabhängig von den Männern waren, schlicht selbstbestimmt leben konnten. Ein weiteres Beispiel wäre die Organisation der Verkehrs. Ob man so produziert, dass jeder die Möglichkeit hat ein Auto zu besitzen oder man entscheidet, dass dies nicht notwendig und öffentlicher Verkehr, mit Bahn oder Bus, dem eigentlichen Zweck, der schnellen, zuverlässigen, sicheren und auch umweltfreundlicheren Fortbewegung eher gerecht wird. Und dementsprechend Kapazitäten für andere Bereiche, sowohl gesellschaftliche als auch private entstehen.

Mit zur Wahrheit gehört auch, dass die Kluft zwischen Realität und gesetzten Zielen, in den letzten Jahren des Bestehens des ersten sozialistischen Staates auf deutschem Boden, immer weiter auseinander klaffte.

Die DDR sah sich im Fortgang ihrer Geschichte mit immer größeren Problemen, gesellschaftlicher und ökonomischer Natur, konfrontiert. Ihre politische Führung, die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands und die Regierung der DDR, waren außerstande diese konstruktiv und im Sinne der erfolgreichen weiteren Gestaltung des Sozialismus zu lösen.

Ihre Politik in den 1980er Jahren, das Leugnen der für die Bürger der DDR immer offener zutage tretenden Widersprüche in der

der wirtschaftlichen Entwicklung in der DDR

gesellschaftlichen Entwicklung, trug letztlich auch dazu bei, dass die in mehreren Jahrzehnten, unter harten Anstrengungen geschaffenen sozialistischen Errungenschaften, zur Disposition gestellt wurden. Immer mehr drängten im Zuge der Ereignisse des Jahres 1989 gesellschaftliche Kräfte in den Vordergrund, die die vermeintliche Lösung der ökonomischen Probleme in der Preisgabe des Volkseigentums und in der Wiederherstellung des Kapitalismus sahen.

Damit leisteten sie den Annexionsgelüsten des (west-)deutschen Imperialismus Vorschub. Auch wenn sie dies zunächst nicht gewollt haben. Aber eines war im Osten wie im Westen damals klar: Neben der kapitalistischen BRD konnte die DDR nur als sozialistischer Staat eigenständig existieren. Wie die Entwicklung dieses Staates auf wirtschaftlichem Gebiet von statten ging, das soll Thema dieses Artikels sein.

Eine wichtige ökonomische Voraussetzung für den erfolgreichen Aufbau des Sozialismus, für den Sieg über den Kapitalismus, ist die Errichtung einer modernen, leistungsstarken Industrie, insbesondere die Erzeugung moderner Maschinen und technischer Anlagen. Im Sozialismus gilt die Devise, dass um die „Bedürfnisse der gesamten Gesellschaft zu befriedigen, eine ununterbrochene Entwicklung und Vervollkommen der Technik“³ nötig ist. „Es gilt, die alte Technik durch die neue und die neue durch die neueste Technik zu ersetzen.“⁴

Lenin⁵ führte dazu aus: „Wenn wir Russland nicht eine andere, höhere Technik geben als früher, so kann keine Rede sein von der Wiederherstellung der Volkswirtschaft und vom Kommunismus.“⁶

Für die DDR war in diesem Zusammenhang die Schaffung einer eigenen Schwerindustrie eine Frage von Sein oder nicht Sein



„Der Weg der roten Fahne“, Wandbild am Kulturpalast in Dresden (DDR); gestaltet von einem Kollektiv unter Leitung von Prof. Gerhard Bondzin

Wir erheben dabei nicht den Anspruch auf umfassende Vollständigkeit, aber wollen uns dennoch bemühen zumindest einige Aspekte zu beleuchten und diese zur Diskussion stellen. Denn in unserem gemeinsamen Kampf für die erneute Aufrichtung der Macht der Arbeiterklasse, für den Kampf um die Errichtung des Sozialismus und Kommunismus auf deutschem Boden, können wir uns um diese Fragen nicht herumwinden!

Erfolgreiche Aufbaujahre und Schaffung der Grundlagen des Sozialismus

Grundlage für die erfolgreiche Errichtung des Sozialismus in der DDR und den anderen sozialistischen Ländern war die Enteignung der Kapitalisten, die Abschaffung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, das Volkseigentum, sowie die politische Macht der Arbeiterklasse und der mit ihr verbundenen fortschrittlichen Kräfte.

für den jungen Arbeiter- und Bauernstaat. Aber nicht nur für das Überleben der Republik, sondern auch für die Verbesserung der materiellen Lage der Bevölkerung musste dies gemeistert werden.

Walter Ulbricht, Ministerpräsident der DDR, stellte dazu am 10. Dezember 1953 auf einer Tagung des Ministerrates fest: „Um die sicheren Voraussetzungen für die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage unserer Werktätigen und der gesamten Bevölkerung zu schaffen, war es notwendig unsere Schwerindustrie und besonders den Schwermaschinenbau in den letzten Jahren sehr stark zu entwickeln. (...) Zum Beispiel

³ Die Grundzüge der materiellen Produktionsbasis des Sozialismus. in: Lehrbuch der Politischen Ökonomie, Dietz Verlag Berlin 1955

⁴ ebenda

⁵ Wladimir Iljitsch Lenin Uljanow, Führer der Oktoberrevolution 1917 in Russland, Mitbegründer und Vorsitzender der Kommunistischen Partei Russlands (Bolschewiki), später der Kommunistischen Partei der Sowjetunion bis 1924. Er entwickelte die Theorie des Marxismus-Leninismus weiter vom Konkurrenzkapitalismus zum Imperialismus auf der Grundlage des historisch-dialektischen Materialismus.

⁶ Unsere Aussen- und Innenpolitische Lage und die Aufgaben der Partei; Lenin-Werke Band 31, S. 414

erfordert die Entwicklung der Landwirtschaft die Erzeugung hochwertiger landwirtschaftlicher Maschinen, dass heißt mehr und besseren Stahl und auch größere Leistungen des Schwermaschinenbaus. Durch die Konzentrierung unserer finanziellen und materiellen Mittel auf die Schaffung und den Ausbau verschiedener Zweige unserer Schwerindustrie und des Maschinenbaus war es möglich, in den ersten drei Jahren des Planjahrhüfnts die Produktion der Lebensmittelindustrie um 84 Prozent, die Produktion unserer Leichtindustrie (sonstige Konsumgüter) um etwa 50 Prozent zu steigern.“⁷

Zwar war der wirtschaftliche Wiederaufbau in der DDR wesentlich schwieriger als in der BRD – wir haben bereits darüber in einer vorhergehenden Nummer berichtet – dennoch gelang es den Rückstand zu den entwickelten kapitalistischen Ländern kontinuierlich zu verringern. Bis 1955 wurden die Folgen der Kriegszerstörung überwunden. 1957 stieg die Produktion auf das doppelte des Vorkriegsniveaus. Vergleicht man die Industrieproduktion von 1950 bis 1967 in der BRD und der DDR, so hat sich die Industrie in der DDR, dank der sozialistischen Planwirtschaft, sogar schneller entwickelt als in der Bundesrepublik.⁸

Selbst westdeutsche, zutiefst antikommunistische, Medien wie DIE ZEIT sprachen angesichts des rasanten Wachstums

„Entwickelte sozialistische Gesellschaft“ – der „Übergang zum Kommunismus“

Vielen ist der Begriff des „Wendjahres 1989“ oder einfach nur der „Wende“ aus dieser Zeit bekannt. Eine viel tiefergehende Veränderung als im Herbst 89, wurde auf ökonomischem Gebiet im Jahr 1971 vollzogen. Mit Beginn der 1970er Jahre sah die SED-Führung die DDR am Beginn einer neuen Epoche. Diese bezeichnete sie als „entwickelte sozialistische Gesellschaft“. Es sollten die grundlegenden Voraussetzungen für den allmählichen Übergang zum Kommunismus geschaffen werden. Insbesondere durch die „weitere Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes auf der Grundlage eines hohen Entwicklungstempos der sozialistischen Produktion, der Erhöhung der Effektivität, des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und des Wachstums der Arbeitsproduktivität.“¹¹

Zwar betonte der 8. Parteitag der SED im Jahr 1971, dass die „Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes“¹² nicht möglich ist, ohne den wissenschaftlich-technischen Fortschritt und ohne die Arbeitsproduktivität weiter voranzutreiben, tatsächlich blieben aber die verwirklichten Ergebnisse immer weiter hinter den objektiven Anforderungen zurück.



Fest an der Panke, Berlin-Pankow, 1987

vom „sozialistischen Wirtschaftswunder“.⁹ Von 1950 bis 1968 wuchs die chemische Industrie um mehr als das Fünffache. Der Maschinen- und Fahrzeugbau um das Sechsfache. Auf dem Gebiet der Elektrotechnik und Elektronik gelang es die Produktion um mehr als das Neunfache zu steigern. Insgesamt wuchs die Industrieproduktion in diesem Zeitraum um mehr als 400%.¹⁰

⁷ Walter Ulbricht: So wie wir heute arbeiten, werden wir morgen leben! Rede im Ministerrat zur Begründung der Verordnung über die weitere Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter und der Rechte der Gewerkschaften, Berlin, 10. Dezember 1953

⁸ „Wirtschaftswunder auf sozialistisch“, DIE ZEIT, 10.03.1967

⁹ ebenda

¹⁰ „20 Jahre Volkswirtschaft der DDR: Zahlen-Fakten-Informationen, EINHEIT, Zeitschrift für Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus“, 9/10, 1969

Auch wenn die grundlegende Bedeutung der technischen Entwicklung für die Verbesserung der Versorgungslage der Bevölkerung in allen ökonomischen Lehrbüchern aus dieser Zeit beschworen wird, so musste die SED Ende der 1980er Jahre dennoch feststellen dass sie diese Aufgabe nur unzureichend gelöst hatte.

Der immer größer werdende Widerspruch zwischen den nach außen propagierten Erfolgen und ehrgeizigen Zielen und der objektiven Lebensrealität vieler Menschen wurde immer augenscheinlicher. Dies trug nicht wenig dazu bei, dass die überwiegende Mehrheit der Bürger der DDR 1989/90, in der Stunde als dies so bitter nötig gewesen wäre, ihr sozialistisches Eigentum und ihren Staat nicht verteidigten.

Am 30. Oktober 1989 legte der Vorsitzende der staatlichen Plankommission, Gerhard Schürer, dem Politbüro der SED ein

Dokument zur Analyse der ökonomischen Lage in der DDR vor. Die Ergebnisse waren ernüchternd. Es stellte fest, dass ein eklatantes Missverhältnis zwischen den Ausgaben für Konsumgüter und dem Wohnungsbau einerseits, und andererseits der Entwicklung einer am Weltniveau orientierten modernen technisch-industriellen Basis bestehe.

Welche folgenschwere Wende auf diesem Gebiet eingetreten war verdeutlichen folgende Zahlen: Im Zeitraum von 1950 bis 1970

¹¹ Stichwort „Sozialismus“, Kleines Politisches Wörterbuch, 1978, S. 806

¹² „Geschichte der SED“, Dietz Verlag Berlin 1978



Finde den Unterschied!

*links: Schichtbesprechung
bei KGAL GmbH & Co KG
rechts: Schichtbesprechung
der VEB Leuna-Werke*

*Was wir damals konnten, können wir
auch heute noch: ein ganzes Land, mit all
seinen Industriebetrieben, Bauernhöfen,
Infrastruktur, ... aufbauen und leiten.*

Arbeiten für den Frieden: es wird Zeit!

wuchs der Anteil des Nationaleinkommens der für die Reproduktion und Erweiterung der industriellen Basis verausgabt wurde von 8,5% auf 29%. Bis 1989 sank er auf 21%.

Betrug der Anteil für die produktive Akkumulation (also für die Entwicklung neuer Maschinen und Technologien) 1970 noch 16,1% des Nationaleinkommens, so sank er bis 1988 auf nur noch 9,9%.

Auf einer Reihe von Gebieten war zwar weiterhin eine technisch hochentwickelte Ausrüstung vorhanden, so zB in der Mikroelektronik, im Werkzeugbau, in der Glas- und Keramikindustrie und in einigen Zweigen der Leichtindustrie, insgesamt gab es allerdings erheblichen technischen Nachholbedarf. Der Abstand zum Weltniveau sei in den letzten Jahren zunehmend gewachsen.

Neue wissenschaftliche Erkenntnisse konnten in der Produktion nur unzureichend angewandt werden. Die vernachlässigte Modernisierung der Industrie habe dies verhindert. Seit dem 8. Parteitag im Jahr 1971 habe der Verbrauch an Konsumgüter deutlich über der eigenen Produktion gelegen.¹³

Der in den 1970er Jahren eingeschlagene Weg unterschied sich grundlegend von der bisherigen Position, die Walter Ulbricht mit den Worten, „so wie wir heute arbeiten, so werden wir morgen leben“¹⁴ beschrieb: Was noch nicht selbst produziert werden konnte, wurde zunehmend importiert statt die dafür nötige industrielle Basis zu schaffen.

Zwar bescherte diese Politik den Menschen in der DDR rasch einen immer höheren Lebensstandard, allerdings basierte dieser nicht auf einem nachhaltigen und kontinuierlichen Wachstum der Produktivkräfte und war immer weniger zu halten, je gravierender die Probleme wurden. Die fast seit 20 Jahren propagierte „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ spiegelte sich in der realen Entwicklung des Landes nicht wieder.



Die Ausweitung der Konsumption erfolgte zu Lasten der technischen Entwicklung und ihrer Anwendung in der Produktion. Nicht zuletzt begab sich die DDR durch den bis 1989 stets gewachsenen Import von Konsumgütern aus dem Westen in immer größere ökonomische Abhängigkeit von kapitalistischen Konzernen und den krisenhaften Schwankungen der kapitalistischen Weltkonjunktur. Eine offene Aussprache über die Situation des Landes und ein gemeinsames ringen nach Lösungen fand nicht statt.

Die Wirtschaftspolitik der DDR war im Verlauf der Jahre 1970-1990 immer weniger das Resultat gemeinsamer Debatten und kollektiver Entscheidungsfindung. Davon zeugt auch, dass die 1968 ins Leben gerufene Zeitschrift „Effekt – Zeitschrift für sozialistische Wirtschaftsführung“, lediglich zwei Jahre nach ihrem Erscheinen wieder eingestellt wurde.¹⁵ Stattdessen wurden Kritik und Stimmen, die auf marxistischer Grundlage die Lage zum besseren verändern wollten, unter Verletzung der Prinzipien der sozialistischen Demokratie unterdrückt und die Realität beschönigt.

Welche folgenschwere Entwicklung dies für die Wirtschaft der DDR hatte, skizzierte Sarah Wagenknecht 1992 treffend:

¹³ „20 Jahre Volkswirtschaft der DDR: Zahlen-Fakten-Informationen, EINHEIT, Zeitschrift für Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus“, 9/10, 1969; sowie: „SED-Politbürovorlage: Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlussfolgerungen“, 30. Oktober 1989
¹⁴ siehe Oben: „Unsere Aussen- und Innenpolitische Lage...“

¹⁵ Stiftung Haus der Geschichte: <http://www.hdg.de/onlineprojekte/zeitschriften/zeitschriften.php>

„Proletarische Revolutionen (...) kritisieren beständig sich selbst, unterbrechen sich fortwährend in ihrem eigenen Lauf, kommen auf das scheinbar Vollbrachte zurück, um es wieder von neuem anzufangen, verhöhnen grausam-gründlich die Halbheiten, Schwächen und Erbärmlichkeiten ihrer ersten Versuche, scheinen ihren Gegner nur niederzuwerfen, damit er neue Kräfte aus der Erde sauge und sich riesenhafter ihnen gegenüber wieder aufrichte, schrecken stets von neuem zurück vor der unbestimmten Ungeheuerlichkeit ihrer eigenen Zwecke, bis die Situation geschaffen ist, die jede Umkehr unmöglich macht, und die Verhältnisse selbst rufen:

Hic Rhodus, hic salta!

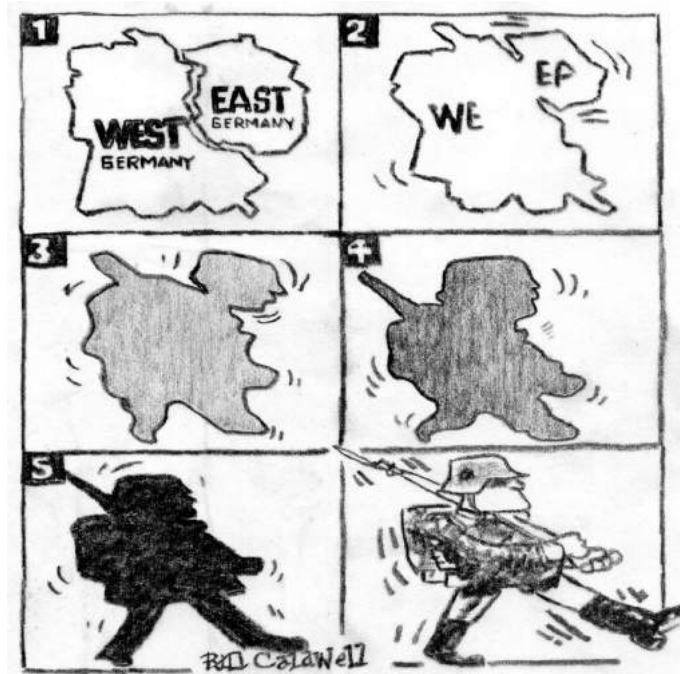
*Hier ist die Rose, hier tanze!“**

„Relativ leicht festzulegen ist der Zeitpunkt des Wandels: die gründlichste Umkämpfung der politischen Linie in der gesamten DDR-Geschichte folgte Ulbrichts Sturz im Jahre 1971. Sämtliche späteren Niedergangserscheinungen lassen sich unschwer auf die in jenem Zeitraum eingeleiteten Veränderungen zurückführen. (...)

Auch die Gestaltung der Außenwirtschaftsbeziehungen ging man neu an. Hatte Ulbricht - unter der Losung der „Störfreimachung“ - die Wirtschaft der DDR bis zum Ende der sechziger Jahre weitgehend von den unmittelbarsten Einflussmöglichkeiten des westlichen, vor allem westdeutschen, Monopolkapitals befreit, wurde nach 1971 die Zusammenarbeit mit dem kapitalistischen Ausland - deutlich intensiviert. Und dies in einer Form, deren Resultat die fortschreitende Abhängigkeit der DDR von westlichen Kapitalflüssen sein musste. Beispielsweise wurden hohe Kredite aufgenommen, die zum Teil lediglich der Einführung bestimmter Konsumgüter, nicht etwa der produktiven Akkumulation (also der Erweiterung und Modernisierung der technischen Basis der DDR Industrie) dienen. (...)

Die Umverteilung des Nationaleinkommens zugunsten der Konsumtion - bei unverantwortlicher Minderung der Akkumulationsrate deutete sich hier bereits an. (...)

Interessant unter diesem Gesichtspunkt ist ein Vergleich zwischen dem im Frühjahr 1971 (als Ulbricht im Umfeld der 15. Tagung ein letztes Mal die Zügel in die Hand bekam) vorgelegten Planentwurf zum Zeitraum 1971 -1975 mit dessen schließlich und auf dem VIII. Parteitag bestätigter Fassung. Während ersterer in seinen Grundlinien dem Konzept der Jahre 1969/70 folgte - so sollte ein wachsender Anteil des Nationaleinkommens für die Akkumulation eingesetzt werden, und Hauptziel des Plans war eine deutliche Verringerung des ökonomischen Rückstandes gegenüber der BRD - zeigt letzterer die erfolgte Umwendung in der Politik: die Ziele wurden in jeder Hinsicht drastisch reduziert, eine Abschwächung des Wirtschaftswachstums und der Produktivitätsentwicklung wurden vorhergesehen und festgeschrieben. Der Niedergang der DDR-Wirtschaft erfolgte also geradezu planmäßig.“¹⁶



„Scheiterte“ der Sozialismus?

„Die kommunistischen und Arbeiterparteien der Länder der sozialistischen Staatengemeinschaft haben sich beim Aufbau der sozialistischen Wirtschaft stets von der marxistisch-leninistischen Erkenntnis leiten lassen, die Produktion von Produktionsmitteln vorrangig zu entwickeln. Dank dieser Wirtschaftspolitik konnte die ökonomische Rückständigkeit überwunden und eine industrielle Basis geschaffen werden, die die Voraussetzung für die bessere Befriedigung der ständig wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnisse der Menschen im Sozialismus bildet.“¹⁷ So können wir es in einem DDR- Lehrbuch über politische Ökonomie aus dem Jahr 1979 lesen. Vergleicht man das hier geschriebene mit der hier gezeichneten Analyse, so wird klar, dass die SED diese Politik immer mehr verlassen hat.

Wieso vollzog die SED im Jahre 1971 einen derart radikalen Politikwechsel? Wieso rückte sie immer weiter von der Erkenntnis Lenins ab, dass von Kommunismus keine Rede sein kann, wenn der Sozialismus nicht eine höhere Technik als der Kapitalismus hervorbringt?

Diese und weitere Fragen wollen wir versuchen zu klären um und uns weiter mit der Geschichte der DDR auseinanderzusetzen.

Mar

¹⁶ „Marxismus und Opportunismus - Kämpfe in der Sozialistischen Bewegung gestern und heute“, Sarah Wagenknecht, <http://www.glasnost.de/pol/wagen.html>

¹⁷ „Politische Ökonomie des Kapitalismus und des Sozialismus“, Dietz Verlag Berlin 1979
* „Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte“, Karl Marx 1851/52

Da ist sie wieder. Diesmal in Griechenland mit am Start. Wenn Deutsche Reiche machen.

Um den Raub aus ihren Annexionen, Okkupationen und Protetoraten zu sichern.

Ein praktisches. Ein notwendiges. Ein bewährtes Mittel der deutschen Monopolbourgeoisie.

Mord und Raub

1939: Im 2. Weltkrieg kam die Haupttreuhandstelle Ost sofort hinter den deutschen Panzern nach Polen. „Die Haupttreuhandstelle Ost (HTO) mit Sitz in Berlin wurde durch den Erlass vom 19. Oktober 1939 des Vorsitzenden des Ministerrates für die Reichsverteidigung und Beauftragten für den Vierjahresplan, Hermann Göring, ins Leben gerufen. (...) Ihre erste Aufgabe war, die durch die Auflösung des polnischen Staates im Jahre 1939 herrenlos gewordenen großen polnischen und jüdischen Vermögenswerte, Liegenschaften, Betriebseinrichtungen und sonstige Rechte aufzufangen und zu beschlagnahmen.“¹



„Aufgrund der Krise hat die BRD seit 2008 allein 94 Milliarden Euro an Zinskosten gespart, so die Bundesregierung.“ (wiwo.de)

Und sollte der alte Besitzer des Betriebes noch nicht geflohen oder tot sein, dann ließen sie ihn unterzeichnen, dass er den Betrieb freiwillig den Nazis überlassen hatte. So freiwillig eben, wie man es mit einer Pistole auf der Brust oder der Drohung ins nächste Konzentrationslager oder Ghetto abgeschoben zu werden, macht. Dass der alte Besitzer nachdem er unterschrieben hatte, dann oft trotzdem in den Tod geschickt wurde, störte die neuen

deutschen Herren nicht in ihrem Schlaf.

Ein praktisches Instrument der deutschen Monopole, um ihre

Beute gemeinsam in Besitz zu nehmen. Ein notwendiges Instrument, damit der Streit um die Aufteilung der bereits gemachten Beute möglichst wenig den fortschreitenden Raub und die damit einhergehende Barbarei störte und behinderte. Nebenbei war damit auch gesichert, dass nur ein ausgewählter Kreis Teile der Beute erhielt und nicht jeder Kleinkrämer sich bedienen konnte.

Zerschlagung und Enteignung

1990: Die DDR wird angeschlossen. Die westdeutschen Monopole raubten, was die Werktätigen der DDR 40 Jahre lang aus den Ruinen des 3. Reiches an Volkseigentum erschaffen hatten. Das meiste davon konnten sie für ihre beschränkte kapitalistische Produktion nicht gebrauchen. Schon gar nicht als Konkurrenz. Mehr noch als die Sicherung der Beute vor der Konkurrenz aus den USA und Westeuropas und die Aufteilung unter den westdeutschen Monopolen, war die Treuhand notwendig für die Zerschlagung der wirtschaftlichen Basis des Sozialismus. Bevor die Bevölkerung in der DDR begreifen und einen wirksamen Widerstand dagegen organisieren konnte, wurde alles aufgelöst, zerschlagen und zerstört.

Anders als 76 Jahre zuvor mussten die westdeutschen Monopole die Treuhand nicht mitbringen. Es war die letzte Regierung der PDS in der DDR unter dem Ministerpräsidenten Hans Modrow, die eine Treuhand einrichtete:

“1. Zur Wahrung des Volkseigentums wird mit Wirkung vom 1. März 1990 die Anstalt zur treuhänderischen Verwaltung des Volkseigentums gegründet.“²

Doch kaum waren daraufhin am 18. März die sogenannten ersten „freien“ Wahlen in der DDR abgelaufen, so wurde von der

Treuhand - Okkupation und Staatsauflösung nach deutschem Modell

neuen CDU Regierung das Treuhandgesetz geändert. Die Treuhand wurde wieder dazu gemacht, was sie schon vor 50 Jahren war. Sie wurde wieder zum Mittel des organisierten Raubes. Sie wurde zum Mittel der Enteignung des Volkes der DDR. Mit ihrer Hilfe zwangen sich die westdeutschen Monopole gegenseitig zur notwendigen Disziplin und hinderten sich daran, sich selbst ständig in den Arm und über die Füße zu fallen und vor lauter ungehemmter Gier den Raub selbst zu gefährden.

Die Treuhand war umso wichtiger weil es offiziell ja keine Annexion war. Keine Panzer waren ihr diesmal voraus gerollt. Natürlich war es schwierig, bei erklärtem Frieden Organe der Kriegswirtschaft zu schaffen und ungeniert Methoden des Organisierens und Plünderns anzuwenden, vor allem, wenn der Raub nicht allen Kapitalisten, sondern nur im Interesse der stärksten Monopole geschah.

In der DDR haben wir uns selber in diese Scheiße geritten. Weil wir diese lautstarke Minderheit unwidersprochen laufen ließen, die behauptete die Probleme in der DDR ließen sich nur mit einer Rückkehr zum Kapitalismus und noch besser mit einer raschen Einverleibung durch die BRD lösen. Die Treuhand lehrte uns rasch, welche Demütigung wir damit möglich gemacht hatten:

Innerhalb eines Jahres von 1989 auf 1990 wurde fast die Hälfte der 9 Millionen Arbeiter in der DDR auf die Straße geworfen. Dem Rest wurde der Lohn gekürzt und die Arbeitsbedingungen verschlechtert. Unsere Gewerkschaften wurden zerschlagen, die Kulturhäuser der Betriebe geschlossen und dem Verfall preisgegeben. Kein Hungerstreik, wie der Kumpels im Kali Bergwerk in Bischofferode, keine Besetzung der Treuhand änderte daran etwas.

¹ <http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/R-144-28550/index.htm?kid=3ed97a50-cbcb-4e78-a592-f197b687f988>

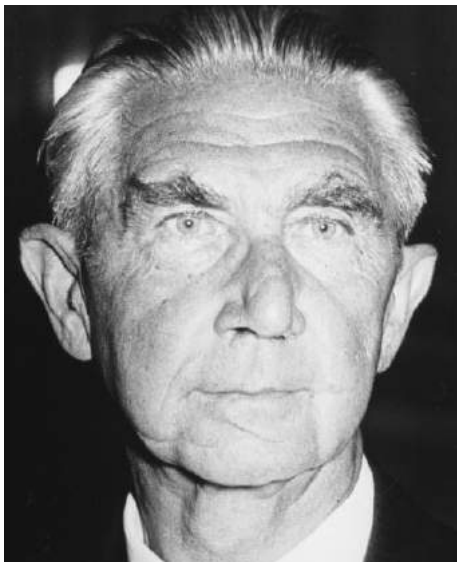
² <http://www.ddr89.de/ddr89/texte/gesetz1.html>

Schon gar nicht eine Demonstration von Zehntausenden. Nur kurz wählten sich die Arbeiter in Westdeutschland mit ihren Herren auf der Siegerseite der Geschichte. Auch sie hatten in ihrer Mehrheit nichts gegen die Annexion unternommen, sondern sich an den Einheitsfeierlichkeiten berauscht.

Auch wenn es bis heute nur einer Minderheit bewusst ist: So wie die Treuhand als Organ der Kriegswirtschaft zur Sicherung und geregelten Aufteilung der Beute für die westdeutschen Monopole unabdingbar notwendig war, genauso erforderte die durch die Zerschlagung des Volkseigentums erzeugte plötzliche und anhaltende Massenarbeitslosigkeit Mittel des Krieges zur Kontrolle, Steuerung und Niederhaltung dieser Massen. Es ist die Annexion der DDR und unser fehlender Kampf dagegen, die uns letzten Endes die ungeheure Ausweitung der Leiharbeit und die Einführung der Hartz-Gesetze gebracht haben.

Erpressung und Ausverkauf

2015: Seit dem 1. Juli 2011 gibt es nun schon eine griechische Treuhand. Das ganze heißt „The Hellenic Republic Asset Development Fund“. Nach dem Vorbild der



*Hermann Höpker-Aschoff:
Karriere eines Räubers im Westen.
Vor 1945: Chefjurist der Nazis
in der Treuhandstelle Ost.
Nach 1945: Ab 7. September 1951
erster Präsident des Bundesverfassungs-
gerichts in der BRD.*

deutschen Treuhand sollten alle Betriebe mit staatlicher Beteiligung, alle relevante staatliche Infrastruktur und staatlicher Grundbesitz, staatliche Konzessionen gebündelt werden. Milliarden Euros sollen durch den Verkauf reinkommen. Angeblich um die Schulden zu bezahlen. Schulden die das griechische Volk nicht gemacht hat.

Wer will eine Insel? Einen Flughafen? Eine Konzession für die staatliche Lotterie? Jemand einen Hafen? Eine Autobahn? Eine Eisenbahn? Wasserwerke? ...³

Für alle ist auf der Internetseite der griechischen Treuhand sichtbar, was für einen Spottpreis zu erwerben ist. So hat sich die Deutsche Telekom längst die griechische Telefongesellschaft einverleibt. Für einen Apfel und ein Ei.

Was nicht sofort erkenntlich ist: Von Anfang an gingen die Berichte dieser Treuhand nicht nur an die jeweilige griechische Regierung sondern an die Vertreter von Europäischer Zentralbank, der Europäischen Union. Weil diesen die Plünderung Griechenlands zu langsam ging, wurden schon bald die ersten griechischen Manager der Treuhand abgelöst.

Und als die neue griechische Regierung der Syriza im Frühjahr diesen Jahres nach ihrer Wahl wieder selbst mehr mitsprechen wollte, was an wen und für wieviel verkauft wird und deswegen z.B. den bereits im Herbst 2014 vereinbarten Verkauf von 14 Regionalflughäfen an die deutsche Fraport AG stoppte, war Schluss mit lustig für die deutsche Regierung.

Und so forderte Schäuble im Juli, die Treuhand für Griechenland in Luxemburg und direkt unter EU Verwaltung, sprich deutscher Verwaltung, zu stellen.⁴

Das Ergebnis ist bekannt: Die Treuhand bleibt zwar in Griechenland, aber kommt noch stärker unter die Knute der EU Bürokratie. Die Liste des Ausverkaufs wurde nochmal erweitert. Und für den Erhalt der nächsten Kredite im August gab die Syriza Regierung ihren Widerstand

³ <http://www.hradf.com/>
⁴ http://www.deutschlandfunk.de/treuhand-fuer-griechenland-bluehende-landschaften-am.862.de.html?dram:article_id=325720



*Das griechische Volk weiß, wer ihnen jede Lebensgrundlage raubt! Seit Jahren finden täglich Streiks und Demonstrationen statt. Hier am 11.02.2015 in Thessaloniki. Bei unserer Fahrradtour trugen wir den Sprechchor auf den Lippen:
„Dieses Land in Arbeiterhand das ist Solidarität mit Griechenland!“*

gegen die Übergabe der Regionalflughäfen an Fraport auf.⁵

Erneut erweist sich für die stärksten Monopole der BRD die Form der Treuhand als effektivstes Mittel als Organ der Kriegswirtschaft im erklärten Frieden: Zur höchstmöglichen Sicherung des Raubes gegenüber der griechischen Bourgeoisie selbst, wie auch gegenüber der Konkurrenz der Monopole der anderen Imperialisten. Auch wenn sie den Raub natürlich in Griechenland noch bis zu einem bestimmten Maße teilen müssen.

In Ost und West haben wir die Annexion der DDR, gerade auch mit Hilfe der Treuhand, zugelassen. Und bezahlen bis heute in beiden Teilen für die Folgen.

Wollen wir wirklich weiter mit unserer eigenen Verelendung bezahlen, dass immer mehr Völker auch mit Hilfe einer Treuhand immer tiefer unter das Joch des deutschen Imperialismus gezwungen werden? Glaubt ihr wirklich die Verelendung Griechenlands bleibt für uns folgenlos? Wir nicht! Deswegen:

Sofortige Auflösung der griechischen Treuhand!

Entschädigungslose Rückgabe aller Betriebe an das griechische Volk.

Wui

⁵ <http://www.tagesschau.de/wirtschaft/regionalflughafen-griechenland-fraport-101.html>

Mord, Folter, Deportation: Das ist deutsche Tradition!

Seit Monaten wird in Bremen diskutiert. Über eine geschlossene Unterbringung von mehreren unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen, von denen einige durch diverse Straftaten aufgefallen seien.

Dem Wunsch nach einer geschlossenen Unterbringung im Rahmen der „Jugendhilfe“ stimmte sowohl der ehemalige Bürgermeister Jens Böhrnsen als auch der angehende Bürgermeister Carsten Sieling (beide SPD) zu. Jens Böhrnsen begründete es u.a. damit, man dürfe die große Akzeptanz der Bremer Bevölkerung bei der Aufnahme von Flüchtlingen, nicht gefährden.

Bisheriger Ansatz war eine unterfinanzierte und zweifelhafte Einrichtung in der Reckumer Straße, in der die Jugendlichen mit strikten Tagesabläufen, Sport, Drills und Kollektivstrafen bearbeitet wurden. Damit, diese Jugendlichen zu brechen, soll das nichts zu tun gehabt haben. Genau so hört es sich aber an.

Und die Lösung sollte jetzt die Unterbringung in einem Gebäude des offenen Vollzugs in der JVA Oslebshausen sein. Dieses Unterfangen wurde allerdings von sämtlichen Bremer Jugendhilfeträgern abgelehnt. Unserer Meinung nach zu recht!

Deshalb bediente sich der Bremer Senat eines in Hamburg neu gegründeten Trägers: PTJ (Pädagogisch - Therapeutische Jugendhilfe GmbH. Dieser Träger lehnt die JVA als Einrichtung allerdings mittlerweile ab. Nicht aber da das Gefängnis doch etwas sehr an ein Gefängnis erinnert, sondern wegen diverser Dinge

wie Glasscheiben u.ä., die als Waffe gegen sich selbst oder andere eingesetzt werden könnten.

Das sind die Fakten. Wir sagen:

Jugendliche ohne Gerichtsurteil einknasten? Nicht mit uns!

Es kann nicht sein, dass Jugendliche eine Odyssee übers Meer auf sich nehmen, nur um zu merken, dass hier nichts besser wird. Dass sie hier von völlig überfüllten Massenunterkünften ohne Bildungs- oder Beschäftigungsmöglichkeiten, schlechter Ernährung und dramatischen hygienischen Zuständen weitergeschoben werden - wie sich erst vor kurzem in der Zentralen Aufnahmestelle Bremen zeigte. Es ist klar, dass diese Jugendlichen von Anfang an keine Chance haben sich in diese Gesellschaft einzufügen. Und wenn man merkt, dass dieser ganze Dreck nichts bringt, es sogar schlimmer macht und diese Jugendlichen aggressiv werden und kaum noch erreichbar sind, ist die Lösung also diese Jugendlichen hinter Schloss und Riegel zu bringen? Dass diese Jugendlichen kein Vertrauen zum bundesdeutschen Staat haben, lässt sich ihnen absolut nicht verdenken. Angefangen davon, dass dieses Deutschland ganz vorne



Geschlossene Unterbringung = Einknastung ohne Verurteilung!

mit dabei ist und war ihre Länder erst zu zerstören. Allein 2014 verkaufte die BRD Waffen an Saudi-Arabien für 209 Mio €. In den Irak gingen Güter für 86 Mio €. Ägypten bekam Rüstungsmaterial im Wert von 23 Mio €. In die Staaten des Mittleren Ostens und Nordafrikas gingen insgesamt Rüstungsexporte im Wert von 1,342 Mrd €.

Exkurs

Darüber hinaus hat die geschlossene Heimerziehung in Bremen und ganz Deutschland einen sehr bitteren Nachgeschmack, hat man sich einmal damit beschäftigt wie diese geschlossene Heimerziehung in diesem Land denn bisher aussah.

Grundstein für die geschlossene Heimerziehung im deutschen Staat legte in Preußen das Zwangsziehungsgesetz von 1878 und das Fürsorgeziehungsgesetz von 1900. Während das Gesetz von 1878 nur Kinder bis 12 Jahre einschloss, wurde dieser Rahmen dann 1900 erhöht und auf Jugendliche bis 18 Jahre ausgeweitet.

Die Gründe, um in die geschlossene Jugendfürsorge zu gelangen, waren vielfältig und einfach: „Unehrllichkeit“, „kriminelle Neigungen“, „Aufsässigkeit“, „Gewalttätigkeit“, „Unsauberkeit“, „Vergnügungs- und Geltungssucht“, „sexuelle Triebhaftigkeit“, „Herumtreiben“, schlechte Schulleistungen und „Arbeitsbummelei“.

1933 bis 1945

Um den „deutschen Volkskörper“ vor sogenannten. „minderwertiger Erbmasse“, durch „erbbiologische Reinhaltungsmaßnahmen“ „zu schützen“ - dieser Drang wurde von den deutschen Faschisten mit dem „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ zum Staatsprogramm gemacht und erfasste alle Bereiche der Wohlfahrt und Medizin, von den Hebammen über die Säuglingsheime, die Behindertenpflegeeinrichtungen, den Krankenhäusern und Psychiatrien, bis zu den Fürsorgeeinrichtungen der damaligen Jugendhilfe.

Die Beteiligung der Jugendfürsorgeanstalten an diesem Selektionsprozess gestaltete sich nach ähnlichem Muster. Die nach der Machtergreifung der Faschisten 1933 mit Macht favorisierte Nationalsozialistische Volkswohlfahrt (NSV) behielt sich die Erziehung der „lebenswerten“, „erbgesunden“ Deutschen vor, während sich in dieser Arbeitsteilung die kinderm/ Jugendlichen konzentrierte oder sich diesbezüglichen Anweisungen fügte.

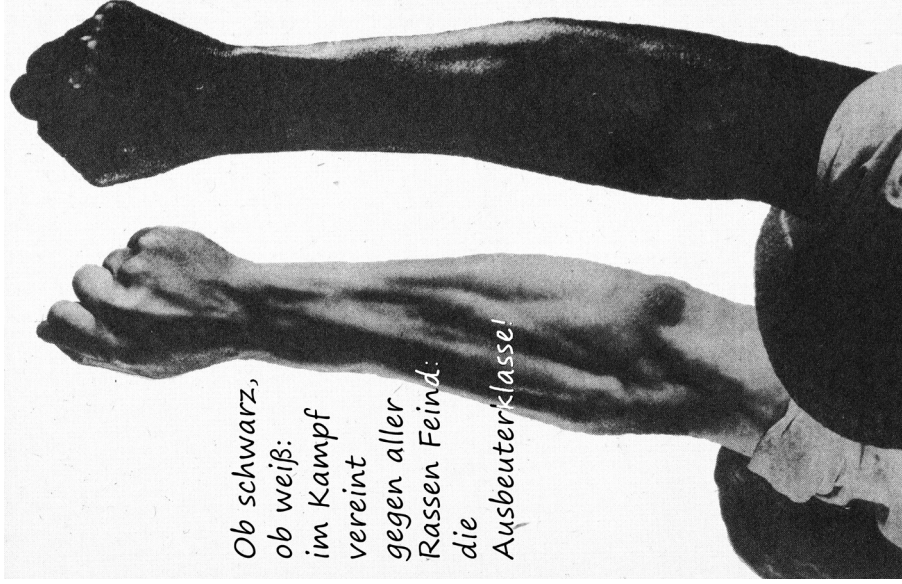
Die Opfer waren 1933-45 „Zöglinge“, die in ihrer Obhut standen, in menschenunwürdigen, gewalttätigen Verhältnissen leben mussten und entweder zu Zwangsarbeit verpflichtet, zwangssterilisiert, oder schlimmstenfalls über eine vertuschende Kette von Verlegungen für die „Ausmerzungen“ in Tötungsanstalten (zum Beispiel das Konzentrationslager Uckermark) weitergereicht wurden.

Nach 1945

Nach der Befreiung vom Faschismus 1945, verschwand nach und nach der Rassenwahn, doch in der Heimerziehung änderte sich nicht wirklich viel. Gitterstäbe vor den Fenstern, Kahlrasur des Kopfes, Prügelstrafe und Isolationsarrest waren noch fester Bestandteil. Aber nicht nur das, sondern es wurden auch die Menschen wieder in Kinderheimen und Jugendhäusern angestellt, welche vor 1945 maßgeblich an der rassistischen Erziehung bis hin zur gezielten Tötung von Jugendlichen beteiligt waren. So wird etwa eine Psychologin und leitende Mitarbeiterin der sogenannten „Kinderfachabteilung“ der oberschlesischen Provinzialheilanstalt Lublinitz/Loben welche tief in die „Kindereuthanasie“ der Faschisten verstrickt gewesen war, 1951 Leiterin einer Klinik für Jugendpsychiatrie.

Noch immer zeigt der Elefant, der in Bremen bei der Bürgerweide steht, dass auch dieses Deutschland am Kolonialsystem seinen Anteil hatte (wenn es auch historisch zu spät kam um sich viel vom afrikanischen Kontinent unter den Nagel zu reißen).

Über geschichtliches Wissen der Praxis von geschlossener Heimerziehung hinaus ist festzustellen, dass auch die beste geschlossene Heimerziehung für uns nicht akzeptabel ist. Nicht nur ist der Erfolg dieser Methode in Bezug auf die Jugendlichen, die ihrausgeliefert sind, anzuzweifeln. Außerdem gibt es Untersuchungen, die zeigen, wenn es eine geschlossene Heimerziehung gibt, wird sie auch genutzt. Solche Einrichtungen schaffen sich ihren Bedarf selbst.



Ob schwarz,
ob weiß:
im Kampf
vereint
gegen aller
Rassen Feind:
die
Ausbeuterklasse!

Dies zeigt sich an der Bundesrepublik Deutschland allein daran, dass die Insassen solcher geschlossenen Heime sich zum Großteil aus den Bundesländern rekrutieren, die über eine solche Heimerziehung verfügen. Man spricht von einem sogenannten Sogeffekt. Die Jugendhilfe ist nicht mehr in der Lage sich über wirkliche Lösungen für die Probleme der Jugendlichen Gedanken machen zu müssen, steht doch immer die geschlossene Unterbringung als letzte Möglichkeit schon im Raum. Die in der Praxis auch oft als Drohung benutzt wurde, mit der Hoffnung Jugendliche so disziplinieren zu können.

Und weiter ist es in dem Land, in dem wir leben Praxis, Strukturen die einmal bestehen auszuweiten und auch gegen andere Bevölkerungsgruppen zu nutzen. Heute sperren wir „schwer erziehbare“ Jugendliche weg und morgen Jugendliche, deren politische Haltungen uns nicht passen?

Deutlich gezeigt hat uns das der Faschismus, der alle Gesetze und Strukturen die er brauchte schon vorfand und nur zu seinem Zweck nutzen musste. Bereits heute werden wieder Strukturen gegen die eigene Bevölkerung geschaffen. Von Gesetzen zum Militäreinsatz im Innern und tatsächlichen militärischen Strukturen ist dies zu beobachten. Z.B. bei der Zusammenlegung von Polizei, Militär und Geheimdiensten im gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrum (GTAZ), dem schaffen regionaler Sicherungs- und Unterstützungskommandos in nahezu allen größeren Städten, welche im Falle eines Einsatzes die örtlichen Gegebenheiten kennen und Strukturen der Zivil-Militärischen Zusammenarbeit (ZMZ), welche über Rotes Kreuz, THW, Samariter und so weiter tausende von Jugendlichen unter das Kommando der Bundeswehr stellt.

Solche Maßnahmen dienen der Aufhebung der Gewaltenteilung, die Grundbestandteil der bürgerlichen Demokratie ist. Eine Zentralisation des Gewaltenapparats, die schon in der bürgerlichen Demokratie in Rechtlosigkeit münden kann und diesem Land nach dem 2. Weltkrieg ausdrücklich untersagt wurde durch das Potsdamer Abkommen. Die geschlossene Unterbringung von Jugendlichen auf Grundlage der sogenannten Jugendhilfe lässt sich mit in diese Auflistung einfügen, denn wer eingesperrt wird und wer nicht, das hat eigentlich die Justiz zu entscheiden und nicht die Jugendhilfe.



Welt der Arbeiter und kleinen Leute - für eine Welt, in der Krieg und somit Flucht nicht mehr notwendig sind!

oder Bundeswehreinsatz im Ausland - all das ist der deutsche Kriegskurs und der Bremer Senat, will das "Ergebnis" dieser deutschen Kriegspolitik einfach wegsperren.

*Frontex ist eine Grenzschutzagentur der Europäischen Union, die besonders auf Initiative Deutschlands und Frankreichs zustande kam. Ihre Hauptaufgabe ist der „Schutz“ der EU-Außengrenzen, vor allem vor „illegaler Migration“ und durch das möglichst schnelle Zurückführen der Migranten in ihre Heimatländer. Die Arbeit der Frontex zeichnet sich dadurch aus, Flüchtlingen beim Kriechen zuzusehen und nach Zeugenaussagen auch am offenen Mord durch Versenken von Flüchtlingsschiffen mitzuwirken. Flüchtlingsschiffe lassen sich allerdings in der Regel nicht von solchen Hindernissen aufhalten, die Folge sind meist weite Umwege über See, die Tausende in den Tod treiben.

Stand: Juli 2015

Nie wieder geschlossene Unterbringung für Jugendliche!

Staatlicher Rassismus ist Kriegsvorbereitung!

Stoppt den deutschen Kriegsbrandstifter in der Welt!

Kampf gemeinsam mit uns für eine

Freie Deutsche Jugend

- Gruppe Bremen -

www.FDJ.de, Katrin@FDJ.de

Folgenden Bericht schrieb Torsten aus Meißen, RotFuchs-Förderverein und RFB (Revolutionären Freundschaftsbund) Mitglied über unsere Tour von Buchenwald nach Potsdam für die Zeitschrift Rotfuchs. Wir schreiben ab:

Vom 26.07.2015 bis 02.08.2015 fand eine von der FDJ organisierte Friedensfahrt statt. Ich hatte die Freude, daran teilzunehmen, und möchte den Lesern unseres RotFuchses von dieser tollen Klassenkampf- und Friedensaktion berichten. Ausgangspunkt war

Die FDJ marschiert über den Holzmarkt in Jena

29.07.2015 09:53 Uhr



Aktivisten der FDJ marschierten gestern mit Fanfaren und Transparenten durch Jena. Foto: Sascha Richter
So titelte die Thüringische Landeszeitung ihren Bericht über unser Auftreten in Jena tags zuvor.

Im Blauhemd,

Lichtenberg bei Hof, wo die FDJ ihr drittes Rotes Wochenende durchführte.

Viele der Genossinnen und Genossen kannte ich bereits von früheren Klassenkampfkaktionen (Protest gegen die Indienstellung der RSUK in Dresden, Antikriegsaktion „Klassenkampf statt Weltkrieg“ in Polen 2015). Die Mehrheit der Teilnehmer wuchs nicht in der DDR oder auch nur auf dem Gebiet der DDR auf. Umso mehr beeindruckt mich ihre Verbundenheit mit diesem kleinen großen Land und die Hingabe, mit der sie sich in Form von Referaten mit dessen Geschichte beschäftigen. Am Sonntagvormittag fiel der Startschuss für die Friedensfahrt. Unser erstes Ziel war Weimar. Ein Stück des Weges - von Lichtenberg bis zur Saale und an der Bleilochtalesperre entlang - legten wir mit dem Rad zurück, den Rest bis nach Weimar mit dem Auto. Am Abend stand ein Besuch des Konzentrationslagers Buchenwald auf dem Plan. Sachkundige Genossen, die extra zu diesem Zweck angereist waren, führten uns über das Gelände, schilderten u.a. den Ablauf der

mit Rad,

Kanu,

Es ist Zug

und

Auto

Selbstbefreiung und beantworteten unsere Fragen. Mir wurde klar, warum man in der Gedenkstätte den zu DDR-Zeiten dort gezeigten Lampenschirm aus Menschenhaut nicht mehr zeigt. Es ist wohl nicht die Ansicht, dass man so den Besuchern nicht zumuten kann. Stattdessen haben diejenigen, die DDR und Sozialismus mit Nazideutschland und Faschismus auf eine Stufe stellen wollen, wohl ein Problem damit - denn bekanntlich hatte niemand in der DDR so etwas oder auch nur etwas annähernd abscheuliches auf seinem Schreibtisch stehen. Nach Übernachtung auf einem Weimarer Zeltplatz ging es mit dem Rad weiter nach Jena. Bei einem Zwischenstopp wurden die Räder noch mit Losungen bestückt. Wir fuhren mit unseren Fahrrädern ins Jenaer Zentrum ein und begannen damit Flugblätter mit Infos über die FDJ und unsere Tour zu verteilen. Begleitet wurde das Ganze von Schalmespiel und Sprechchören. Von Jena fuhren wir dann mit dem Zug nach Naumburg - der Endstation dieses Tages. Beim Plenum auf dem dortigen Zeltplatz berichtete ein Genosse von einer Begebenheit in Jena. Er kam mit einer Frau ins Gespräch, die uns und unserer Aktion wohlgesonnen war. Als er sie fragte, ob sie wohl eine kleine Spende geben würde,

eröffnete sie ihm, wie schlecht es ihr finanziell geht und dass sie kaum weiß, wie sie über die Runden kommen soll. Sie öffnete ihr Portemonnaie. In ihm befanden sich nur einige Centmünzen, keine Geldscheine. Sie nahm sich einen Cent heraus - als Glücksbringer - und gab den kompletten Rest in die Spendenbüchse. Dieser Bericht hat uns alle sehr berührt. Nach dem Plenum war dann noch

Von Lichtenberg in Bayern nach Potsdam

Die FDJ Friedensfahrt

Gelegenheit, das zum Zeltplatz gehörende Freibad zu nutzen. Da beim Klassenkampf auch der Spaß nicht zu kurz kommen muss, setzten wir unsere Tour am nächsten Tag mit dem Kanu auf der Saale fort. Zuvor gaben unsere Schalmespieler auf Bitte des Zeltplatzbetreibers noch eine Kostprobe ihres Könnens. Unsere Kanufahrt, bei der auch einige Genossen unfreiwillig baden gingen, endete in Weißenfels. Von Weißenfels ging es weiter nach Schkopau. Dort besichtigten wir



Bild links und rechts:
Vor Jena noch schnell
Losungen an Fahrräder
und Fahrer angebracht

Zerschlagt
Großdeutsch-
land
Für den
Sozialismus

Keine
Reise-
freiheit
für die
Bundeswehr
BRD
in die
Grenzen
von
1989

die Ruine des einst beliebten Kulturhauses. Eine extra angereiste Genossin, die in der DDR selbst etliche Jahre engagiert als Leiterin eines Kulturhauses tätig war, berichtete uns von ihrer Arbeit und vom Kulturbetrieb in der DDR.



Das was noch übrig ist vom Kulturhaus in Schkopau. Blühende Landschaften der Zerstörung. Jedem empfehlen wir den Film „An der Saale hellem Strande“ anzuschauen. Ein ausgezeichnete Film über dieses Kulturhaus und die Kulturarbeit in den Aufbaujahren der DDR. Eine Besprechung gab es in der letzten Fanfare (Mai, 2015).

Nach einem kleinen Ständchen auf den Schirmeien ging es dann, zusammen mit zwei Genossen aus Halle, die am Kulturhaus zu uns gestoßen waren, weiter zu unserer Endstation für diesen Tag - einem direkt an der Saale gelegenen Zeltplatz in Halle. Zusammen mit unseren Gästen ließen wir den Tag ausklingen. Am Mittwochmorgen machten wir uns mit den Rädern auf zum Marktplatz von Halle. Dort angekommen stellten wir unsere Fahrräder mitten auf dem Platz so ab, dass die daran befestigten Losungen gut zu lesen waren und begannen damit, Flugblätter mit Informationen über die FDJ, unsere Friedensfahrt und die akute Kriegsgefahr, die nicht zuletzt vom deutschen Imperialismus ausgeht, zu verteilen. Sprechchöre und Schirmeispiel machten die Menschen auf uns aufmerksam. Wir kamen mit verschiedenen Menschen ins Gespräch. Eine Frau freute sich mit Tränen in den Augen, dass es die FDJ noch gibt. Andere zeigten uns mit diversen Gesten, dass sie nichts von uns und unserer Aktion halten. Unsere Fahrt im Blauhemd durch Halle war auch dem Leiter der örtlichen RotFuchs-Regionalgruppe aufgefallen. Er stieß auf dem Markt zu uns und bekundete seine Solidarität - nicht zuletzt mit einer

großzügigen Spende. Vom Markt aus setzten wir unsere Tour fort und fuhren mit unseren Rädern entlang der Saale bis nach Könnern. Von dort aus ging es mit dem Zug weiter nach Magdeburg und dann mit dem Auto zum „War starts here camp“ gegen das Gefechts-Übungs-Zentrum der Bundeswehr (GÜZ) bei Gardelegen - unserer Endstation für diesen Tag. Im Camp wurden wir von den anwesenden Genossinnen und Genossen freundlich aufgenommen. Am nächsten Morgen beteiligten wir uns an einem aus über 100 Fahrrädern - mehrheitlich von der „Tour de Natur“ - bestehenden Konvoi, der mit Polizeibegleitung vom Camp nach Gardelegen fuhr.

Bei der dort auf dem Rathausplatz stattfindenden Antimilitarismuskundgebung kamen auch zwei Genossen von uns zu Wort. Zurück im Camp hielt dann noch ein Genosse ein Referat über den Generalstab der Bundeswehr, der, weil es ihn eigentlich nicht geben darf, „Einsatzführungskommando“ genannt wird. Am nächsten Tag verließen wir das Camp und machten uns mit Rad und Auto auf nach Caputh bei Potsdam. Dabei wurde unser Fahrradkonvoi argwöhnisch von der Polizei beobachtet, als er die quer durch das GÜZ verlaufende, öffentliche Straße

befuhr. Ein Genosse wurde sogar angehalten und von der Polizei zum Ziel unserer Fahrt u.ä. befragt. Die Observierung wurde noch lange nach Passieren des GÜZ fortgesetzt. Auf dem Zeltplatz am Schwielowsee angekommen begannen wir mit den letzten Vorbereitungen für unseren Fahrradkorso am nächsten Tag in Potsdam aus Anlass des 70. Jahrestages des Potsdamer Abkommens. Bis spät in die Nacht wurden u.a. noch Transparente gemalt und die Aufstellung geplant. Auch der von Genossinnen und Genossen liebevoll gepflegte W50, der uns in Potsdam begleiten sollte, traf ein. Am Samstagmorgen starteten wir im Blauhemd mit unseren Rädern zum Potsdamer Hauptbahnhof. Dort wartete bereits unser W50. Am Bahnhof stießen auch Potsdamer Genossen, u.a. Mitglieder der örtlichen RF-Regionalgruppe, zu uns, die sich über unsere Aktion freuten und uns tatkräftig unterstützten. Der Beharrlichkeit und dem Verhandlungsgeschick der Genossin, die die Anmeldung der Kundgebung übernommen hatte, ist es zu verdanken, dass wir von den örtlichen Behörden die Erlaubnis bekamen, mit unseren Rädern durch die Potsdamer Fußgängerzone zum Brandenburger Tor zu demonstrieren und sich der Start unserer Kundgebungsroute vor und nicht hinter dem Hauptbahnhof befand. Hierbei handelt es sich um ein Novum in Potsdam. Gegen Mittag startete unser Fahrradkorso begleitet vom W50 auf der angemeldeten Kundgebungsroute vom Hauptbahnhof quer durch Potsdam mit folgenden Stationen: Landtag, Cecilienhof, Glockenspiel, Brandenburger Tor und Henning-von-Tresckow-Kaserne mit dem Generalstab der Bundeswehr. Kaum hatten wir den Bahnhofsvorplatz verlassen, begannen die Schikanen der Polizei. Man untersagte uns das Unterfahren der Oberleitungen der Potsdamer Straßenbahn mit dem W50, wenn sich Personen auf der Ladefläche befinden, da dies zu gefährlich sei. So hieß es für die Genossen, die sich dort befanden, absteigen und den Korso zu Fuß zu begleiten. Dieses Spielchen wiederholte sich bei jedem Teilstück der Route, über dem sich eine Oberleitung befand. Gerade für die älteren Genossen, die auf der Ladefläche des W50 Platz genommen hatten, war dies eine Zumutung. Das endete erst, als uns ein doppelstöckiger, oben offener Stadtrundfahrtbus entgegenkam, der deutlich höher war als unser W50,

Montag, 10. August 2015, Nr. 183 jW

Vergessene FDJ

■ Zu jW vom 21.7. „Ein guter Pakt“
Die jW war mal die Zeitung der Freien Deutschen Jugend. Am 1. August führte die FDJ in Potsdam von 12–17 Uhr fünf Veranstaltungen anlässlich des 70. Jahrestages des Potsdamer Abkommens durch und erreichte bei bestem Sommerwetter Zigtausende Zuhörer und Zuschauer (...). Es ist mir unverständlich, warum die jW dieses ehrenwerte Ereignis übersehen hat.

Horst Jäkel, Potsdam

Leserbrief in der Jungen Welt zur Demo in
Potsdam



Am Schloss Cecilienhof in Potsdam am 1. August. Der Abschluss des Potsdamer Abkommen jährte sich zum 70. Mal. Offizielle Gedenkfeiern gab es keine. Aus Sicht der deutschen Bourgeoisie verständlich - schließlich treten sie das Potsdamer Abkommen schon lange mit Füßen.

und dessen Fahrgäste viel näher an der Oberleitung saßen. Zu diesem Zeitpunkt konnte die Polizei ihr fadenscheiniges Argument nicht länger aufrechterhalten. Als unser Korso durch die Schikanen der Polizei verschuldet wieder einmal zum Stehen kam und dadurch einige Genossen mit ihren Rädern mitten auf einer Kreuzung stehend diese blockierten, forderte uns ein Polizist auf, die Kreuzung zu räumen, damit der Verkehr fließen kann. Ein sachkundiger Genosse verweigerte das und begründete dies mit einem Urteil vom Bundesverfassungsgericht aus den 80er Jahren. Darauf antwortete der Polizist verdrossen: „Wir leben aber im Jetzt und Hier“ - sprich „Was kümmert mich ein Gerichtsurteil von gestern“. Den Abschluss fand unsere Kundgebung vor der Henning-von-Tresckow-Kaserne, die den Generalstab der Bundeswehr beherbergt. Hier werden künftige Aggressionen der BRD geplant und geführt. Nachdem wir Räder und W50 direkt gegenüber des Haupttores abgestellt hatten, erklimmte ein Genosse das Fahrerhaus des W50 und hielt, auf dem Dach des Fahrerhauses stehend, eine grandiose Rede. Unter anderem mit den Worten

„Es wird der Tag kommen, an dem euch nur noch zu raten ist zu fliehen, um euer Leben zu retten und euch zu verstecken. Wir finden euch trotzdem und dann werdet auch ihr sinnvolle Arbeit für die Gesellschaft übernehmen!“

Am 1. August mit dem W50 vor dem neuen Generalstab in der Henning-von-Tresckow-Kaserne in Potsdam

brachte er seine und unsere Missbilligung der aggressiven, auf militärische Einmischung in fremden Ländern und Krieg ausgerichteten Politik der BRD zum Ausdruck. Er machte unmissverständlich klar, dass wir und, wie ich hoffe, viele andere friedliebenden Menschen dabei nicht tatenlos zusehen werden. Die Rede des Genossen schien den verantwortlichen Polizisten so geärgert zu haben, dass er uns nicht ohne eine weitere Schikane abfahren lassen wollte. Ich weiß nicht, wie lange er überlegt hat, bis er auf die Idee kam, er könne die Aufbauten des W50 bemängeln. Jedenfalls verlangte er von uns, vor Abfahrt sämtliche Aufbauten (Lautsprecher, Transparent) abzumontieren, wollte uns diese Anweisung aber nicht schriftlich geben. Zurück auf dem Zeltplatz führten wir eine Auswertung des Tages und der gesamten Tour durch. Aus unserer Sicht war sowohl die Kundgebung als auch die Tour ein voller Erfolg, auf den die Teilnehmer stolz sein können. Die FDJ hat bewiesen, dass sie solch anspruchsvolle und tolle Unternehmungen auch in der heutigen Zeit aus eigener Kraft organisieren und durchführen kann.

Besonders berührt hat mich noch folgende Begebenheit: Als einige Genossinnen und Genossen zur Gitarre griffen und ein Lied nach dem anderen anstimmten, kamen die Kinder unserer netten Zeltnachbarn dazu und lauschten gespannt Liedern wie beispielsweise „Katjuscha“. Zu später Stunde nutzten dann auch noch einige von uns die Möglichkeit, den Tag mit einem Bad im Schwielowsee abzurunden. Am Sonntag brachen wir nach dem Frühstück unsere Zelte ab und machten uns in alle Himmelsrichtungen auf den Heimweg. Für mich war diese Woche an der Seite dieser liebenswerten FDJ-Genossinnen und Genossen ein tolles Erlebnis und ein großartiges Stück Klassenkampf. Ich bin der Meinung, wäre auch in den letzten Jahren der DDR eine Mehrheit der FDJ-Mitglieder vom Format dieser Genossinnen und Genossen gewesen, hätte sich die Jugend ihre Deutsche Demokratische Republik nicht so einfach wegnehmen lassen. Aber leider waren damals viele Mitglieder nur schweigende Mitläufer oder gar nur pro forma Mitglied. Die FDJ verdient unsere Unterstützung und Solidarität. Gerade jetzt, wo wieder Genossen in München vor Gericht stehen, deren einziges „Verbrechen“ das Tragen des blauen Hemdes mit der aufgehenden Sonne war, ist dies wichtig. Die Angst der Herrschenden vor der FDJ, die sich in solchen Prozessen zeigt, ist doch der Beweis, dass man befürchtet, solche und andere Aktionen der FDJ gegen Krieg und für Sozialismus könnten Wirkung zeigen.



Tor

O Deutschland, bleiche Mutter!

Wie sitzt du besudelt

Unter den Völkern.

Unter den Befleckten

Fällst du auf.

Warum preisen dich ringsum die

Unterdrücker, aber

Die Unterdrückten beschuldigen dich?

Die Ausgebeuteten

Zeigen mit Fingern auf dich, aber

Die Ausbeuter loben das System

Das in deinem Hause ersonnen wurde!

Was damals galt, als Bertolt Brecht diese Zeilen schrieb, gilt heute wieder: Die Ausgebeuteten fluchen wieder über dieses Land, weil sie netwegen Europa wieder zu brennen beginnt. Und das deutsche Diktat über Europa treibt uns täglich weiter in die Nähe eines nächsten Weltkrieges.

Die Völker Europas beginnen den Tag zu verfluchen, als unsere Mütter und Väter durch ihre eigenen Fehler vor 25 Jahren die DDR preisgaben. Ein Land das allein durch seine Existenz einen großen Teil zu 40 Jahren Frieden in Europa beitrug.

Die Völker Europas verfluchen uns, weil wir noch jede Schweinerei unserer Herren von Hartz 4 bis Leiharbeit ohne Mucks mitgemacht haben und ihnen damit ermöglichten halb Europa niederzukonkurrieren und auszuplündern.

Wie lange wollen wir uns noch gemein machen mit unseren Herren und ihrer Hetze gegen die Völker Europas? Von Griechenland bis Portugal. Von Italien bis Polen?

Wie lange wollen wir noch für diese Herren in ihre Kriege ziehen? Wie lange wollt ihr uns an Schulen und Universitäten noch ihren Offizieren ausliefern?

Es ist wieder dieses verfluchte Land, das sich anschnickt die Widersprüche auf die Spitze zu treiben, das es scheinbar nicht erwarten kann, bis es knallt. Wer es in diesem Land immer noch nicht glauben mag, wird erst im Krieg aufwachen.

Schon längst ist dieser Krieg nach Außen im

ne, der in seinen Funktionen Aufgaben wahrnimmt, die in den früheren deutschen Armeen vom Generalstab wahrgenommen wurden“.

Doch sollte man nicht meinen, die neue Wehrmacht wäre nicht traditionsbewusst. In der Bundeswehrzeitschrift „Innere Führung“ ist 2009 zu lesen: „Zu keinem Zeitpunkt gelang der Wehrmacht eine einheitliche Kriegsführung. Mangels strategischen Konzepts führten die Wehrmachtteile jeweils ihren eigenen Krieg mit eigenen Generalstäben“. Damit die „Inspektoren“ von Heer, Luftwaffe, Marine & Co. nicht streiten müssen, wer wieviel Geld kriegt für welche Waffen und wer wie Krieg führt, herrscht seit dem „Dresdner Erlass“ von 2012 das Prinzip: „Führung aus einer Hand“ (sic!). „Der Generalinspekteur (also der Generalstabschef, d.A.) ist jetzt unmittelbarer Vorgesetzter der Inspektoren.“ steht bei Ulf von Krause in „Die Bundeswehr als Instrument deutscher Außenpolitik“ geschrieben.

Des Weiteren ist zu lesen: „Nachdem in den 1990er Jahren die deutsche Politik die rechtlichen und historischen Restriktionen beim Gebrauch von Militär als Mittel der Politik schrittweise überwunden hatte, war das folgende Jahrzehnt durch ‚Entgrenzung‘ der Militäreinsätze gekennzeichnet“. Entgrenzung eines kriegerischen, aggressiven National - Chauvinistischen Großdeutschland? Zweimal hat das die Welt ins Elend gestürzt. Nie wieder war die Lösung! Das Potsdamer Abkommen, vor 70 Jahren von denen geschlossen, die uns von der Nazi-Barbarei befreiten, sollte dem endlich Einhalt gebieten. Umgesetzt wurde es nur in der DDR. In der Bundesrepublik hat dieses Abkommen nie jemanden gequält.

Was seit 1945 wieder geplant war und Schritt für Schritt mit Hilfe der West-Alliierten vorberichtet wurde, konnte 1990 einem Befreiungsschlag gleich, endlich wieder umgesetzt werden: Eine Großmacht zu sein wie zuvor, mit Europa als Hinterhof.

Das ist eine Kampfansage an die Konkurrenz im Kampf um die Aufteilung der Gebiete hinter dem „Eisernen Vorhang“.

Das ist eine Kampfansage an die Konkurrenz im Kampf um die Aufteilung der Gebiete hinter dem „Eisernen Vorhang“.

Das ist eine Kampfansage an die Konkurrenz im Kampf um die Aufteilung der Gebiete hinter dem „Eisernen Vorhang“.

Daraus ergibt sich für uns die Frage, die Bertolt Brecht schon 1954 formuliert hat:

„Die deutschen Kapitalisten haben

zwei Möglichkeiten in einem Krieg.

1. Sie verraten Deutschland und liefern es an die USA aus.

2. Sie betrügen die USA und stellen sich an die Spitze.“

Oder wie Giulio Sapelli am 13. Juli in der italienischen Zeitung „Il Messaggero“ in einem Kommentar zum deutschen Diktat gegen Griechenland schreibt: „Heute wird das Ende der Unschuld von einem fürchterlichen Schweigen in der internationalen Arena begleitet“. Deutschland hingegen „glaubt die Herrschaft in Europa übernehmen zu können“. Dies geschieht, heißt es weiter mit Blick auf die weltweiten politischen Perspektiven Berlins ausdrücklich vermerkt, „ohne oder gegen die USA“.

„Wann Krieg beginnt, das kann man wissen, aber wann beginnt der Vorkrieg. Falls es da Regeln gibt, müsste man sie weitersagen. In Ton, in Stein eingraben, überliefern. Was stünde da? Da stünde, unter anderen Sätzen: Lasst euch nicht von den Eigenen täuschen.“ in: „Kassandra“ von Christa Wolf

Mit der Liquidierung der DDR endete die Nachkriegsordnung. Die herrschende Vorkriegsunordnung wird durch den Krieg abgelöst.

Goethe kannte sein Volk: „Vor die Wahl gestellt zwischen Unrecht und Unordnung, entscheidet sich der Deutsche für das Unrecht“. Schon längst werden die wenigen bürgerlichen Rechte, die es in der größer gewordenen BRD gegeben hat, durch das Recht der Willkür ersetzt.

Organisierter, massenhafter Widerstand von uns gegen diesen Kriegskurs ist schon längst Pflicht in diesem Land!

Was war die FDJ für mich, wie ist sie in meiner Erinnerung geblieben?

Ich bin in der DDR geboren und aufgewachsen. Ich erhielt hier, während meiner Schulzeit (1971-1981), eine gute Grundlagenausbildung. Gleichzeitig wurde man schon als Kind in einer sozialistischen Gesellschaft organisiert. Zuerst in der Pionierorganisation, als Jung- und ab der 4. Klasse als Thälmannpionier.

Nach dem regulären Schulunterricht gab es viele Aktivitäten innerhalb der Pionierorganisation, wie zum Beispiel Exkursionen in Betriebe, zu Gedenkstätten oder einfach in die nähere Umgebung. Man konnte sich verschiedenen Zirkeln (wie zum Beispiel Naturkunde-, junge Techniker-, junge Kosmonauten oder Singezirkel) anschließen, um seinen Interessen nachzugehen. Mit Stolz trugen wir das blaue Halstuch als Jungpionier, das rote Halstuch als Thälmannpionier und die weiße Bluse mit dem Symbol der Pionierorganisation am linken Arm. Um Erfahrungen auszutauschen, die Geschichte unseres Landes besser kennenzulernen, zur Auswertung gesellschaftlicher oder schulischer Verpflichtungen und was man in den einzelnen Zirkeln gelernt hat, gab es regelmäßig in Pioniernachmittagen. Dazu sollte man auch noch wissen, dass von Klassenstufe 1 bis 5 jede Klasse eine Klassenlehrerin hatte, die uns in den Allgemeinfächern unterrichtete und eine stellvertretende Klassenleiterin (bis zur 6. Klasse) die die nachschulischen und gesellschaftlichen Aktivitäten organisierte bzw. leitete. Jede Schulklasse hatte auch eine Patenbrigade aus einem Industriebetrieb oder einem anderen Gewerbe, welche uns bei Exkursionen, Ausflügen usw. immer mit einem Betreuer und auch finanziell zur Seite stand. Von Klassenstufe 6 bis 10 bekamen wir einen neuen Klassenlehrer. In der 6. Klasse wurden wir dann auch intensiv auf den Übertritt vom Pionier zum FDJ-ler vorbereitet. Mit Erhalt der Jugendweihe war man kein Kind mehr, sondern Jugendlerner - eine neue Entwicklungsstufe im noch jungen Leben. Wir lernten die Geschichte der FDJ ab 1945/46 und den Spruch „Die FDJ als Kampfreserve der Partei (SED)“. Wir erfuhren von den frühen FDJ-Initiativen wie z.B. die Talsperre Sosa, der Überseehafen Rostock, die Friedländer Wiesen, „Max braucht Wasser“. Initiativen der Jugend unter Führung der FDJ zum Aufbau der noch jungen Republik.

International gab es große in der UdSSR. Dort über-Bauabschnitt der Baikal-eine Eisenbahnverbindung Industriestandorten im Gebiet der Sowjetunion östlich vom Ural. Und Drushba, eine Erdgasstrasse zu den anderen jungen Volksrepubliken in Osteuropa. Die FDJ schickte Aufbauhelfer nach Mosambik, Angola, Nicaragua, Kuba, um die jungen Nationalstaaten beim Aufbau einer neuen Gesellschaftsordnung zu unterstützen.

Warum bin ich im Fördererkreis der FDJ?

Jugendobjekte wie nahm die FDJ einen Amur-Magistrale (BAM), zwischen wichtigen

Nach der Annexion der DDR wurde es still. Jugendzentren wurden geschlossen oder anderen Verwendungsmöglichkeit zugeführt. Für die Jugend ergaben sich immer weniger Möglichkeiten. Damals 1989/90.

Viele Jahre später erfuhr ich durch Zufall, dass es die FDJ immer noch gibt. Dass es sie auch auf dem Gebiet der BRD gab und noch immer gibt. Über ihre Gründung im Exil in London, Prag, Paris und dass es Jugendliche waren mit und ohne politischen Hintergrund. Diese Jugendlichen einte nur eins; der Kampf gegen den Faschismus, des Hitlerfaschismus im Besonderen. Ich erfuhr von ihren Aktionen gegen die erneute Militarisierung der damaligen BRD und dem Verbot der Organisation 1951. Ich erfuhr von ihrem Kampf in der Illegalität und den Opfern die es gegeben hat.

Nach der Annexion der DDR wurde es still um die FDJ. Die Losung Kampfreserve der Partei war falsch und hat dem Ansehen der FDJ geschadet. Ich habe aber mitbekommen, wozu eine Jugend in der Lage ist, was sie bewerkstelligen kann, wenn

Meine Gefühle kann ich nicht verleugnen. Als ich mitbekam, anders, als ich erfuhr, dass es die FDJ immer noch gibt, ihre Entstehung als Bündnis Jugendlicher unterschiedlichster Weltanschauung, geeint in einem Ziel im Kampf gegen den Hitler-, gegen den Faschismus, gegen Krieg und Barbarei... Für die FDJ bin ich zu alt, aber im Fördererkreis hab ich die Möglichkeit diese Jugend zu unterstützen und es ist mir eine Herzensangelegenheit eine Jugend zu unterstützen, die für eine Welt frei von Unterdrückung, Ausbeutung und Krieg kämpft und gegen Rassismus.

Diese Jugendorganisation ist eine kämpferische. Das gefällt mir. Sie kämpfen für das Recht der Jugend und aller anderen Menschen ihr Leben selbst frei bestimmen zu können, in Frieden mit allen Menschen dieser Welt.

Thomas Rognitz, Mitglied der FDJ seit 1978

Am 14. September 1950 wurde der höchsten Bildungsstätte der Freien Deutschen Jugend, der Jugendhochschule am Bogensee, in Anwesenheit des Präsidenten der DDR, der Name Wilhelm Pieck verliehen.

Seit diesem historischen Tag im September 1950 sind 65 Jahre vergangen. Die Jugendhochschule gibt es seit 25 Jahren nicht mehr. Ihre Auflösung war mit eines der ersten Opfer des Anschlusses der DDR an die BRD im Jahre 1990. Das Objekt mit seinen denkmalgeschützten Baulichkeiten, ein Geschenk der Regierung der DDR an die Jugend und ihrer Organisation, die FDJ, ist seit dem Herbst 1999 dem Verfall preisgegeben. Wenn nicht umgehend die Frage der Nachnutzung geklärt wird, steht nur noch die Frage des Abrisses.

Gebäude kann man abreißen deren Zweck und Nutzen verfälschen oder gar leugnen. Jedoch das Wissen und die Erfahrungen derer, die dort tätig waren, kann man nicht entsorgen, sei es denn, man verbietet es ihnen.

Über die im Mai 1946 gegründete Jugendhochschule am Bogensee wurde in den Jahren nach 1990 viel geschrieben und gezeigt. Die Wahrheit über die 44-jährige erfolgreiche Arbeit und das Leben am Bogensee wurde oft entstellt.

In den über vier Jahrzehnten ihrer Tätigkeit haben sich tausende junger Menschen,

Mitglieder der Freien Deutschen Jugend und Mitstreiter befreundeter Jugendorganisationen aus Afrika, Lateinamerika, Asien und Europa, an der Jugendhochschule Wissen und Erfahrungen für die Jugendarbeit angeeignet. Die Erschließung theoretischer Kenntnisse war verknüpft mit der Vermittlung geschichtlicher Erfahrungen des Kampfes für die Durchsetzung der Grundrechte und Ziele der Jugend. Das Leben unter Gleichgesinnten, die internationale Solidarität und der Erfahrungsaustausch vermittelten vor allem den Teilnehmern der Internationalen Lehrgänge Kraft und Zuversicht für ein erfolgreiches Handeln im Sinne des Friedens, sozialer Sicherheit und des gesellschaftlichen Fortschritts in ihren Ländern.

Wilhelm Pieck, Vorsitzender der SED und Präsident des ersten und einzigen Staates der Arbeiter und Bauern in der Geschichte des deutschen Volkes, trat über 20 mal vor den Lehrgangsteilnehmern, Lehrern und Mitarbeitern der Jugendhochschule auf und vermittelte ihnen seine reichen Erfahrungen

aus dem Kampf der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung gegen Imperialismus, Faschismus und Krieg, für eine Welt des Friedens und des gesellschaftlichen Fortschritts. Anlässlich der Verleihung seines Namens an die Jugendhochschule schrieb er in das Gästebuch der Schule: „Lernt und schafft wie nie zuvor! Es geht um das Leben und



Studententage 1980 in Bogensee: Von den Teilnehmern des Internationalen Lehrgangs herzlich begrüßt, Fliegerkosmonaut der DDR und erster Deutscher im All, Siegmund Jähn.

Namensgebung der Jugendhochschule der FDJ am Bogensee

die Zukunft unseres Volkes, um die Einheit unseres Vaterlandes und wirtschaftlichen Aufstieg“.

Die Jugendhochschule, Stätte des Lernens, eines kulturreichen Jugendlebens und der Internationalen Begegnung ist reich an Erfahrungen. Diese zu erschließen und für nachfolgende Generationen zu bewahren, ist Pflicht und Aufgabe der Zeitzeugen, der Verantwortung der älteren gegenüber den jüngeren Generationen.

Der Verein Arbeitskreis Geschichte der Jugendhochschule „Wilhelm Pieck“ stellt sich dieser Aufgabe. Im Mai 2014 gegründet, besteht sein Anliegen darin, zum 70. Jahrestag der Gründung der Jugendhochschule „Wilhelm Pieck“, am 22. Mai 2016, den Entwurf einer Chronik der Schule sowie eine Sammlung von Zeitzeugenberichten aufzuschreiben. Dazu brauchen wir das Wissen und die Erfahrungen aller, die sich mit der Jugendhochschule auch heute noch verbunden fühlen.

Wir wenden uns an alle Lehrer, Mitarbeiter und Absolventen der ehemaligen Jugendhochschule „Wilhelm Pieck“: nur mit Eurer Hilfe als Zeitzeugen aus der Sicht unterschiedlicher Generationen wird es



Gespräch zwischen Wilhelm Pieck und Erich Honecker, Lehrern und Lehrgangsteilnehmern. Wilhelm Pieck, gelernter Tischler, wurde am 3. Januar 1876 in Guben als Sohn eines Kutschers und einer Wäscherin geboren. Zuerst Mitglied der SPD, ab 1915 im Spartakusbund. Deserteur im 1. Weltkrieg. Gründungsmitglied der KPD und beteiligt am Aufstand in Berlin im Januar 1919. Im Mai 1933 ging er ins Exil nach Paris und ab 1934 nach Moskau, von wo aus er die illegale kommunistische Tätigkeit in Deutschland organisierte. 1943 gehörte er zu den Mitbegründern des „Nationalkomitees Freies Deutschland“ (NKFD). Maßgeblich an der Vereinigung von SPD und KPD 1946 beteiligt und mit Otto Grothwohl von der SPD ihr erster Vorsitzender. Ab 1949 1. Staatspräsident der DDR.

möglich, Einblick in die Vielgestaltigkeit des Lehrens, Lernens, Arbeitens und Lebens an der Schule zu bekommen. Teilt uns Eure Erinnerungen und Erfahrungen an die Zeit Eures Aufenthalts an der Jugendhochschule mit. Schreibt uns, welchen Einfluss der Besuch bzw. die Arbeit an der Schule auf Euren weiteren Lebensweg hatte, damit wir auch Eure Erfahrungen nachfolgenden Generationen im Kampf um Frieden, soziale Sicherheit und gesellschaftlichen Fortschritt vermitteln können. Wie nötig das gerade heute ist, zeigen die zahlreichen kriegerischen Auseinandersetzungen und der Folgen in der Welt. Jederzeit ist ein übergreifendes kriegsähnliches Handeln auch auf Europa möglich.

Falls Ihr noch Zeitdokumente, wie Bilder, Berichte, Unterrichts- und Lektionsaufzeichnungen in Eurem Besitz habt und Euch davon trennen könnt, so nehmen wir diese Dokumente gerne in den Fundus unseres Archivs auf.

Weitere Hinweise und Anregungen könnt Ihr unserer Website entnehmen:

www.ak-geschichte-der-jugendhochschule-wilhelm-pieck.de
oder: www.ak-geschichte-der-jhs.de

Postalisch zu erfragen bei Dr. Dieter Luhn,
Blumberger Damm 124, 12685 Berlin,
Tel: 030/2820204

Im Auftrag des Vorstands, Dr. Dieter Luhn



Unterrichtsgebäude der Jugendhochschule ab Mai 1953. Der gesamte Neubaukomplex bestehend aus dem Unterrichtsgebäude, dem Kulturhaus und den Internatsgebäuden ist ein Geschenk der Regierung der DDR an die FDJ. Fertigstellung im Jahre 1956.



Die damalige Familienministerin Merkel trifft sich im August 1992, nach den Pogromen gegen die Flüchtlinge vor der Zentralen Aufnahmestelle in Rostock Lichtenhagen und gegen ein von vietnamesischen Vertragsarbeitern bewohntes Nachbarhaus lieber mit den Tätern als den Opfern. Nichts aber auch gar nichts darf man von diesem ganzen verlogenen Pack angefangen ganz oben bei Gauck und Merkel erwarten, wenn sie sich heute in Flüchtlingsunterkünften zeigen. Dieser Staat schafft die Ursachen, dass Menschen ihre Heimat verlassen müssen, dieser Staat schürt hier den Rassismus. Es war ab 1930 der Reichskanzler Brüning, der mit Spardiktaten und Notverordnungen dem Faschismus den Weg bereite. Was macht Frau Brüning mit Pack Frau Merkel heute?

Frau Brüning mit Pack oder

Heidenau Nachrichten aus der Provinz sind als sie bei Dresden selbst, Luft.

am Abend des 21.08.2015: Nachdem hunderte „besorgte Bürger“ aufgerufen von der NPD gegen die Unterbringung von Flüchtlingen demonstriert haben, versucht ein Mob aus ca. 100 gewalttätigen Rassisten den optimistisch als Erstaufnahmeeinrichtung vorgesehenen Baumarkt zu stürmen, in dem am gleichen Abend noch 250 Flüchtlinge untergebracht werden sollen. Die Faschisten werfen Steine, Flaschen und Feuerwerkskörper. Erst mit Pfefferspray und Tränengas kann die Polizei die Schläger zurückdrängen.

Dies ist der (bisherige) Höhepunkt einer Entwicklung, die im Oktober 2014 in Dresden ihren Anfang genommen hat: die Demonstrationen der „Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (PEGIDA). Nach eigenen Angaben war der Auslöser eine Demonstration von Kurden in Dresden, die gegen den Krieg der IS protestiert haben. Mittlerweile herrscht in der überwiegenden Mehrheit der Menschen in Sachsen eine Resignation: enttäuscht, dass die Versprechen von den blühenden Landschaften eines Helmut Kohl nur heiße Luft waren und sie nun nicht das Einkommen und den Wohlstand der reichen BRD erhalten, macht sich ihre Frustration in Wut auf Menschen, die noch schwächer

Dabei waren es tausende Dresdner, die beim Besuch am 18.12.1989 Helmut Kohl zu einem Gespräch mit dem Ministerpräsidenten der souveränen DDR mit Deutschlandfahnen begrüßt und somit die DDR ihm quasi auf dem Silbertablett übergeben hatten.

Sie waren die begeisterten Vorreiter der Annexion der DDR durch die BRD, die den Zusammenbruch der Wirtschaft der DDR mit der weiteren Verarmung der Menschen in ihr zur Folge hatte. Aber nicht nur in dem größtenwahnsinnig gewordenen Deutschland wurden Menschen ausgebeutet - der westliche Lebensstil wurde mit der Ausbeutung der Menschen und Waffenlieferungen in die Kriegsgebiete finanziert. Unsere „liebe“ BRD hat den vierten Platz aller Waffenexporteure inne. Die Dresdner haben die Entwicklung auf dem Rücken der Armen mit vorangetrieben und erhalten jetzt die Quittung dafür. Aber sie machen Menschen verantwortlich, denen es noch schlechter geht als ihnen selbst.

Begünstigt wird diese Entwicklung noch durch die Sächsische Landesregierung mit der CDU an der Spitze, die nach 25 Jahren Herrschaft deutliche Demokratiedefizite erkennen lässt und deren Regierungsstil

eher mit dem „L'État, c'est moi!“ des Absolutismus, als mit demokratischen Strukturen zu tun hat. Diese CDU verstärkt den allgemeinen Rassismus und nutzte ihn für ihre Zwecke. Ein Beleg dafür ist, dass die Dresdner CDU sich im Gegensatz zu den demokratischen Parteien nicht zu den Angriffen in Heidenau äußert oder diese gar verurteilt, aber das Bündnis „Dresden für alle“ für sein Engagement in der Dresdner Zeltstadt kritisiert. Die so genannte „Dresdner Zeltstadt“ ist eine kurzfristig aus dem Boden gestampfte Interimsunterbringung für Geflüchtete, die in Sachsen untergebracht werden sollen. Auf einem Brachgelände in einem Dresdner Industriegebiet, wurden in einer Nacht- und Nebelaktion Großraumzelte aufgestellt, wobei die Helfer vom DRK, die die Zelte aufstellen mussten, von Rassisten und Neonazis angegriffen und bepöbelt wurden. Als die Geflüchteten mit Bussen hingefahren wurden, versuchten erneut Neonazis Menschen anzugreifen. Dabei wurden wieder Steine, Flaschen, Böller und eine Warnbake auf Antifaschisten geworfen. Eine Antifaschistin wurde durch die Nazis verletzt.

Ob von Staatsseiten darauf spekuliert wird, dass die Furcht vor dem ostdeutschen Hinterland, viele Flüchtlinge davon überzeugt, lieber anderswo „halt zu machen“,

Das Bild der dpa veröffentlichte der Focus am Freitag, 21.08.2015 22:26 vom Aufmarsch in Heidenau. Na, vielleicht wollten die armen überforderten Polizisten einfach nicht auf ihre Kollegen von der Gewerkschaft der Polizei einschlagen, die dort gut kenntlich unter den Faschisten mitmarschierten. Das Pack wollte sich nicht schlagen, sondern eben lieber vertragen.



so als Plan B, nachdem die Geschichte mit Frontex so gar nicht auf Verständnis stieß.. Sehr Fraglich.

Nein, egal ob Flüchtling oder Antifaschist, statt eines Krankenwagens übernimmt nach einem Überfall von Rassisten die deutsche Polizei mit Handschellen und Zelle. Für die erst genannten auch mit Abschiebung. Auch in Heidenau „kümmerte“ sich die Staatsgewalt erst einmal um die angereisten Antifaschisten, trotz der akuten Gefahr von rechts.

In der bürgerlichen Presse fragte man sich tagelang, wann die Bundesregierung sich endlich zu diesen Verbrechen äußere. Das

hat sie bereits, vor zwei Monaten. Mit Verschärfung dessen was vom Asylrecht noch übrig ist. Statt der gepredigten, wehrhaften Demokratie, eine weitere Bestätigung für die besorgten Bürger.

Gegen diese Entwicklung wird entschlossener Widerstand immer wichtiger, doch diese Menschen sind dem erstarrenden rechten Mob schutzlos ausgeliefert.

Zahlreiche Formen der Unterstützung sind daher gefragt. Das heißt ganz praktisch, wenn in deiner Nähe Flüchtlinge untergebracht werden, frage wie Du dich einbringen kannst, was sie brauchen. Oft betreiben DRK, Johanniter oder Malteser die Unterkünfte. Setz' dich in Kontakt mit diesen und frage, was benötigt wird. Wenn Du jemanden kennst, der gut eine Fremdsprache spricht, frage ihn, ob er die Geflüchteten mit einem Sprachkurs unterstützen oder dolmetschen kann. Und wenn in deiner Klasse oder deinem Arbeitsplatz rassistische Sprüche kommen, zeige deutlich, dass Du diese nicht abkannst. Wir müssen uns den Rechten in den Weg stellen, wir dürfen diesen prügeln und gewalttätigen Rassisten nicht die Straßen überlassen. Die Angst vor ihrer Gewalt darf weder die Geflüchteten, noch Demokraten und Antifaschisten daran hindern, für eine bessere Zukunft in die Öffentlichkeit zu treten. Jedoch nicht in einem Lager mit den Herrschenden, als anständiger Bürger. Dieser Staat schafft die Ursachen, dass Menschen ihre Heimat verlassen müssen, dieser Staat schürt hier den Rassismus. Jenen Fremdenhass den es braucht um zu vergessen was Internationale Solidarität bedeutet. Jenen Fremdenhass den es braucht um mal wieder gegen andere Völker in den Krieg zu ziehen. Also hören wir auf hinter den anständigen Verbrechern Merkel, Gabriel und Co zum Aufstand der Anständigen auf die Straße zu ziehen. Sondern endlich gegen sie und ihre Verbrechen!

Völkerfreundschaft statt Volksgemeinschaft!

Tho



Die Krawalle in Heidenau wurden gleich genutzt um für das letzte Augustwochenende jede Versammlung oder Demo dort zu verbieten: Begründung des zuständigen Landratsamtes: Polizei-notstand. Ja ne is klar, man kann nicht gleichzeitig auf beiden Seiten zuschlagen. Das Oberverwaltungsgericht erlaubte ein Willkommensfest, dass dann auch stattfand. (Bild) Das Bundesverfassungsgericht hat dann das gesamte Verbot aufgehoben. Und geben sich jetzt zusammen mit Grünen und SPD als Demokraten und Hüter des Grundgesetzes (GG): Wären sie es, dann würde einfach §139 GG endlich angewandt: „Die zur „Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus“ erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieses Grundgesetzes nicht berührt.“ Also dürfte es keine einzige Naziorganisation geben in diesem Staat - Daran kann jeder messen wie sich dieser Staat an seine eigenen Gesetze hält.

EIN ENDE DER ARMUT!

Für euren Matheunterricht nachher. Rechnen mal anders: Deutschland ist eines der reichsten Länder in Europa. Hier leben 80 Mio. Menschen. Die reichsten 10 Prozent davon besitzen 60 Prozent des Privatvermögens in Deutschland. Und das Gesamtprivatvermögen soll insgesamt 9,3 Billionen € hoch sein. Also 9 300 000 000 000. Die ärmsten 60 Prozent der Bevölkerung haben aber nur 6 Prozent des gesamten Vermögens. Oder nehmen wir Herrn Schaeffler. Der ist aktuell der reichste Mann Deutschlands. Er besitzt 24 Milliarden Euro. Das ist ziemlich genau so viel wie der Staatshaushalt Bangladeschs mit seinen 160 Millionen Menschen. Er könnte sich mit dieser Summe sogar zwei komplette Commerzbanken kaufen. Auf der anderen Seite stehen 2,6 Millionen Kinder und junge Menschen in Deutschland. Und immer mehr von ihnen haben nicht genug Geld zum Leben – sie sind arm.

Aber was heißt das überhaupt? Was heißt es, in Deutschland arm zu sein? Wer in der BRD arm oder von Armut bedroht ist, bestimmt ein von der Europäischen Union gesetzter Standard: Demnach gelten Menschen als armutsgefährdet, wenn sie weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens

etwa 100 869 Kinder unter 15 Jahren.

Das echte Leben: „Man kann davon ausgehen, dass etwa 500.000 Kinder (also eine halbe Million) in Deutschland regelmäßig nicht ausreichend ernährt werden und immer wieder Hunger leiden“, kam anlässlich des Welthungertags im November 2011 heraus.

- 2012 versorgten die Tafeln ca. 1,5 Millionen bedürftige Personen mit Lebensmitteln. Besonders alarmierend: Mindestens ein Viertel davon sind Kinder und Jugendliche
- 2013 verlässt fast jedes fünfte Kind morgens ohne Frühstück die elterliche Wohnung, hat der Deutsche Kinderschutzbund festgestellt.
- Bei einer Studie wurden 754 000 Kinder gefragt, ob sie sich ab und zu Kleidung kaufen können: Nein! Ein Drittel von ihnen hat nichtmal ausreichend Winterkleidung zu haben - und das in einem der reichsten Länder der Welt.
- Kino, Theater, Konzert sind bei über 1,3 Mio Kindern im Jahre 2015 finanziell nicht drin.

**Das letzte Stück Brot
raubt ihnen der Kapitalismus**



Das ist das reale Leben. Da braucht man sich nicht mehr wundern, wenn Kinder und Jugendliche im Park, in Häusereingängen oder auf Spielplätzen ihren Abend verbringen. Aber keines dieser Kinder und Jugendlichen kann etwas dafür, dass ihre Eltern Hartz IV beziehen und ständig nur Absagen von irgendwelchen Firmen kassieren. Mal seien die Eltern über- mal unterqualifiziert, mal sind sie zu alt, mal zu unflexibel wegen der Kinder.

**ORGANISIERE DICH
ALLEINE SCHAFFST DU'S
NICHT!**

in einem Land zur Verfügung haben. In Deutschland waren nach dieser Definition 2012 insgesamt 18,9 Prozent aller Kinder armutsgefährdet, also 2,4 Millionen Kinder. Anfang 2015 sind wir schon bei 2,6 Millionen. Der größte Teil dieser Kinder lebt in so genannten Hartz IV Familien. In Köln sind das

Wenn viele von Euch bis hier hin gelesen haben, habt Ihr vielleicht an der ein oder anderen Stelle genickt, weil Ihr wisst wie das ist, oder aber jemanden kennt dem es so geht und findet das Ganze einfach nur schrecklich. Andere von Euch haben sich vielleicht gefragt, warum sie sich das Ganze

überhaupt bis hier hin durchgelesen haben, denn die Fakten zu kennen ändert ja doch nichts an der ganzen Scheiße. Ich bin auch so ein Hartz IV-Kind. Ich kann mich noch gut daran erinnern, wie mein Mutter mir sagte, das Urlaub, Taschengeld, große Geburtstagsgeschenke, teure Klassenfahrten, all das jetzt nicht mehr drin ist. Ich weiß wie es ist, wenn alle anderen Essen gehen und man selber eigentlich gar nicht zahlen kann, wie peinlich es manchmal ist zugeben zu müssen, dass das mit der Klassenfahrt nicht geht, wegen dem Geld. Und das nicht nur für ein Jahr, sondern für immer. Aber ich war nicht allein. Ich war und bin organisiert. Ich weiß nun, dass es kein festgeschriebenes Gesetz ist, das es immer Arm und Reich geben muss. Ich habe gelernt, dass es auch andere Gesellschaftssysteme

Landes verteidigen? Gegen andere Völker, die doch uns viel näher stehen, als diese Reichen da oben? Deutsche Interessen führen uns in den Krieg! Ja, das hätten sie gerne. Und sprechen daher von den deutschen Interessen, von der deutschen Sicherheit, von der Verteidigung der deutschen Werte usw. usf. In Zeiten, in denen weltweit die Krise tobt, wird dieses Geschrei umso lauter. Und nicht zufällig wird auch die Bundeswehr immer lauter: Sie bieten uns als „attraktiven Arbeitgeber“ die Bundeswehr unter dem Motto „Wir dienen Deutschland“. Deswegen senden sie die Bundeswehr in die Schulen und so genannte „Jugendoffiziere“ erzählen uns, dass Krieg und Militär aus der deutschen Außenpolitik nicht mehr wegzudenken sind. 2014 wurden so mehr als 125.000 Schülerinnen und Schüler erreicht.

»Reicher Mann und armer Mann
standen da und sah'n sich an.
Und der Arme sagte bleich:
Wär ich nicht arm, wärst du nicht reich!«
(Bertolt Brecht)

gibt und es diese auf dieser Welt auch schon einmal gab. Es herrschte nicht immer Kapitalismus. Es herrschten nicht immer die Reichen über die Armen. Die Tage der Commune von 1871, die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken von 1922, die Deutsche Demokratische Republik von 1949, das Sozialistische Cuba von 1959, sie alle haben bewiesen was ein Volk erreichen kann, wenn es kämpft. Wir können daraus nur lernen und dadurch stärker werden.

Aber genau das wollen diejenigen, die die Armen brauchen, weil sie ja sonst nicht reich wären, nicht. Sie wollen uns eintrichtern, dass es Arm und Reich einfach geben muss und auch einfach immer geben wird. Sie wollen uns eintrichtern, dass wir „unsere“ Reichtum ständig verteidigen müssen. Doch wir haben gar nichts von diesem Reichtum, sondern nur 17.830 Leute, die den größten Teil des Geldes in Deutschland in der Hand halten. Und trotzdem sollen wir die Sicherheit und den Reichtum dieses

DEUTSCHE INTERESSEN? DEUTSCHE SICHERHEIT?

Mit uns hat das nichts zu tun! Deutsche Interessen dienen nur denjenigen, die den Reichtum in diesem Land in den Händen halten, weil sie sämtliche Produktionsmittel in den Händen halten. Wenn wir das verteidigen, gehen wir mit denjenigen, die unsere Armut brauchen! Wenn wir das verteidigen, dann gehen wir dem auf dem Leim, was schon zweimal in der Geschichte in den Weltkrieg führte: Sich gegen die Jugendlichen und die Arbeiter anderer Länder stellen, anstatt sie als unsere einzigen Verbündeten zu sehen!

**Lassen wir das nicht ein drittes Mal zu!
Keinen Handschlag diesen deutschen Interessen!**

Katrin, FDJ Bremen



Freie Deutsche Jugend * www.FDJ.de

Köln: Anna. koeln@fdj.de, 0176/23233235, Ruhrgebiet Michael, rheinruhr@fdj.de, 0152/28759312

V.i.S.d.P.: M. Wildmoser, c/o FDJ Zentralrat, Weydingerstr. 14-16, 10178 Berlin



Datum 13. Juni, Ort Leipzig/Wiederitzsch, Tag der Bundeswehr

Sonntag. Tag des Herrn. Tag der Vermenschlichung des Unmenschlichen. Tag der Kriegsgeräte. Tag der Verherrlichung des deutschen Kriegs.

Dieser Staat führt Krieg. Dieser Staat schürt Krieg, ist dazu bereit, das Gebuhle um Marktanteile bis in den nächsten Weltkrieg zu treiben.

Zur Vorbereitung gehört neben dem Werben um mehr Waffen, Unterwerfung der Armeen anderer Länder, des Notstandsapparat, der Ausweitung der Zuhälterei zur Unterwerfung und Spaltung der Arbeiter, natürlich die ewige Selbstdarstellung als Heilsbringer.

Während um diese Uhrzeit, an diesem Tag in der Kirche den Schafen weisgemacht wird, dass das schöne Leben im Nachhinein zu denen kommt, die jetzt schön brav sind, ist auf der Erlebniswiese der Armee der deutschen Konzerne das schöne Leben bereits da. In Deutschland. Und die Armee muss das überall verteidigen, das schöne Leben in Deutschland. Mensch, das ist mal eine tolle Armee! Diese erhält nun im 60. Jahr ihres Bestehens endlich ihren eigenen Tag der Bundeswehr, dieses Jahr erstmalig mit 15 Standorten bundesweit. Nicht zufällig auch in Leipzig in jener Kaserne, von der der für das Kundus-Massaker verantwortliche damalige Oberst Klein zur Sicherung von „Rohstoffen und Handelswegen“ in den Afghanistan-Krieg zog (und für die, die es noch nicht wissen sollten, die diesbezügliche Klage wurde mittlerweile vor dem Oberverwaltungsgericht abgewiesen, Oberst Klein wurde zum General befördert und ist jetzt - nicht mehr in Leipzig - beim Personalmanagement tätig). Kein Problem für die Familien, die sich für ihre Sonntagsverdummung den Tag der Bundeswehr ausgesucht hatten. Was sie jedoch nicht verstanden haben wollten, sind die Losungen der Kriegsgegner. Auch die Aktion mit der blutüberströmten Leiche auf dem Gelände war für sie nicht krass genug. Krass war das Spielzeug. Die Panzer. Und die

Drohnen. Und die zeitweilige Anwesenheit des sächsischen Ministerpräsidenten.

Ein paar FDJler waren mit Friedensaktivisten zu einer Mahnwache gegenüber des Eingangs versammelt. Für unsere Losungen hat sich wie gesagt, so

Ihr Kinderlein Kommet Tag der Bundeswehr in Leipzig

ziemlich keiner interessiert. Vielleicht müssen wir lauter und provokanter werden, um die Bummler aus ihrer Lemmingtrance zu reißen. Denn, dass da eine Fortsetzung folgen wird, ist bereits angekündigt. Also für den Langzeitpolitikkalender schon mal vormerken: den 11. Juni 2016.

Interesse gab's nur an den blauen Hemden. Seitens der Behörden. Die sollte man ausziehen oder umdrehen, weil das Symbol nach §86a verboten sei! Was passiert, wenn wir das nicht tun? Unmittelbare Gewalt! Das Telefonat mit der Presse an der Stelle mag geholfen haben, aber auch die beharrliche Diskussion auf welcher Grundlage bitte die FDJ für verboten gehalten werde.



Gerichtsurteile interessierten ihn zwar nicht, er müsse die Gesetze befolgen und nicht Gerichtsurteile! Ähm... ja... klar... haha. Aber dennoch hat's gereicht und der überforderte, ständig telefonieren müssende Einsatzleiter konnte nicht erklären, dass die FDJ verboten sei, aber nach dem sächsischen Versammlungsgesetz ein Uniformierungsverbot bestehe, weshalb von dem hellblauen Hemd der Aufkleber entfernt und das FDJ-Hemd ausgezogen werden solle! Und wenn nicht? Dann wird das notiert! Zwar waren die Personalien bereits aufgenommen (warum überhaupt!), aber das ist nun wirklich zu lächerlich, um dem Folge zu leisten.

An alle Kriegsgegner, die die Jugendfreunde mit ihrer hartnäckigen Anwesenheit unterstützt haben, dank Euch lagen die Machtverhältnisse dort an diesem Tag so, dass die Ordnungshüter sich mal an ihre eigenen Gesetze halten mussten - naja weitestgehend.

Auch die Kriminalisierung der Organisationen, die sich gegen den Krieg stellen, ist natürlich Teil der Kriegsvorbereitung und ein weit gefährlicherer als die Waffenshow gegenüber.

Woher wir auch kommen und wofür wir sonst kämpfen, wir müssen sie gemeinsam stoppen.

Nieder mit den Brandstiftern! Hoch das Leben! Hoch die Solidarität!

Mar&Jo

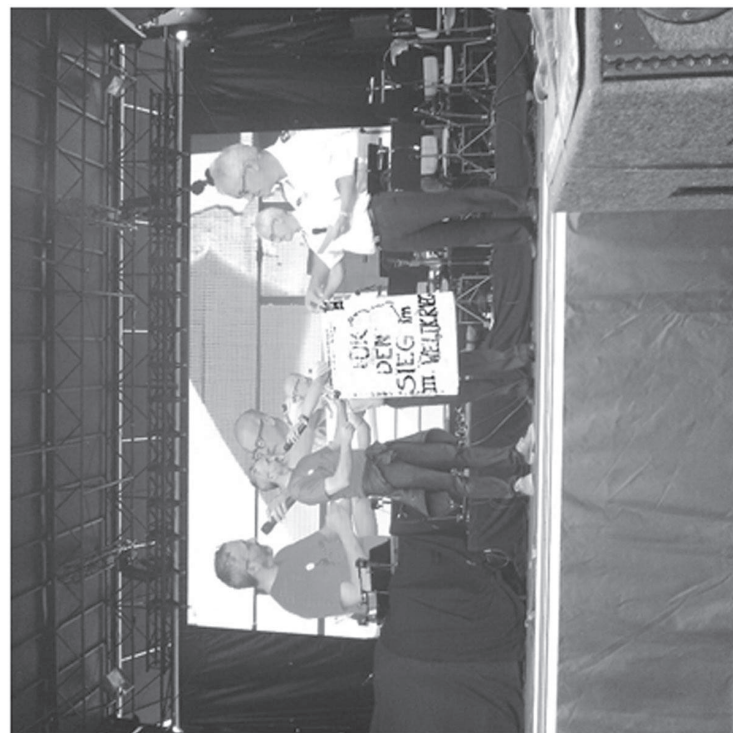
*links: Unsere Haltung in Leipzig hatten wir immer an Frau und Mann.
unten: Der Zivilist inmitten der Bundeswehrler ist der sächsische Ministerpräsident Tillich.
(Bilder: Paul)*



60 Jahre Bundeswehr – Tag der Bundeswehr in Bonn

Am 13.05.2015 wurde an 15 Standorten eine „beeindruckende Veranstaltung“ (Ursula von der Leyen) organisiert. „60 Jahre Einsatz für Frieden, Freiheit und Sicherheit! Das ist keine Selbstverständlichkeit, sondern das muss jeden Tag neu erarbeitet werden.“ Die Bundeswehr steht hierfür fest wie eine deutsche Eiche. „Auf diese Truppe können wir uns verlassen!“ (Ursula von der Leyen).

In Bonn wurde zur Feier des Tages ein neues Plakat vorgestellt. Um Volk und Soldaten für die kommenden Aufgaben zu motivieren:



Das neue Plakat kam bei den Soldaten sehr gut an:



So können wir hoffnungsfroh in die deutsche Zukunft blicken!

Über die Prozesse gegen die FDJ haben wir euch in den letzten Fanfaren berichtet. Ihr wisst also Bescheid, dass es mal verboten ist, mit der aufgehenden Sonne auf blauem Grund aufzutreten – mal nicht; dass sie mal als verbotenes Symbol der FDJ West nach § 86a StGB interpretiert wird, mal als das der FDJ Ost – also erlaubt – interpretiert wird; dass es gar manchen Straßenpolizisten gibt, der für sich erst sortieren muss, welche FDJ – Ost oder West – nun verboten ist und zu welcher davon München gehört; dass es Einstellungen,

nie wieder ein Krieg ausgehen, welcher im Jugoslawienkrieg mit Füßen getreten wurde.

Überfällig ist eine Erklärung der Nicht-Anwendbarkeit des Verbots auf den §86a

Denn, als in den 50er Jahren KPDler, FDJler und VVNler wegen ihrem konsequenten Kampf gegen die Remilitarisierung mit Berufsverboten und Gefängnisstrafen überzogen und ihre Organisationen ver-

zu machen, und das, obwohl der Kalte Krieg doch scheinbar gewonnen wurde, und obwohl man die Wiedervereinigung besiegelte, kann nur, wer an seine eigenen Gesetze und Verträge sich nur dann gebunden fühlt, wenn er sie gerade brauchen kann. Und genau so werden heute die Gesetze gegen die FDJ angewendet! Das Verbot hat trotz Wiedervereinigung und trotz extrem zweifelhafter Entstehung nicht seine Anwendbarkeit eingebüßt, der Einigungsvertrag dagegen wird – trotz seiner Bedeutung, dass bei der deutschen

Die Reaktion wird noch ihr blaues Wunder erleben!

Freisprüche und Verurteilungen gegeben hat. Eine Beurteilung dieses Wirrwarrs wird vielleicht erst Generationen von FDJlern nach uns gelingen, aber diejenigen, die damit jetzt klar kommen müssen, sind wir. Was also tun? Die Staatsanwältin in einem der Münchner Prozesse sagte uns, es stünden uns doch die normalen Rechtswege frei, eine grundsätzliche Entscheidung zu erstreiten. Doch was wird dessen Ergebnis sein? Diesem reaktionären Staat eine grundsätzliche Frage zur Entscheidung vorzulegen?

Würden sie sich an ihre eigenen Verträge und Gesetze halten, wäre die Frage der FDJ längst geklärt.

Gültigkeit des Einigungsvertrages für die FDJ

Denn mit der Annexion der DDR und dem Einigungsvertrag vom 31. August 1990 ist allen Vereinigungen in der DDR, die sich noch vor der sogenannten Wiedervereinigung registrieren ließen, der legale Fortbestand garantiert worden. Im Sinn hatten sie natürlich all die Parteien und Vereinigungen, die zur Destabilisierung und Vorbereitung der Annexion in der DDR gegründet wurden, und dennoch gilt dieses Gesetz auch für die FDJ. Doch ist uns klar, dass der deutsche Imperialismus sich nur solange an Verträge hält, wie deren Einhaltung ihm nützlich erscheint. Bezüglich der Annexion ist er genau so mit dem 2+4-Vertrag umgegangen. Beispielhaft ist der darin erhaltene Grundsatz, von deutschem Boden soll

boten wurden, geschah dies aufgrund eines erbittert geführten Schlachtzuges der Adenauer-Reaktion gegen all die Kräfte, die für ein einiges und friedliches Deutschland kämpften. Kurzerhand wurde die Volksbefragung zur Frage der Remilitarisierung, die unter anderem von der FDJ durchgeführt wurde, als verfassungswidrig erklärt. Jede Aktion, die geeignet schien die freiheitlich-demokratische Grundordnung der jungen BRD, d.h. ihren Kurs vom Kriegsverlierer zu alter Größe, zu behindern, wurde schlicht und ohne viel Federlesen verboten. Die Urteile über die FDJler wurden von Richtern gesprochen, die schon unter Hitler „Recht“ sprachen. Dieses Verbot der FDJ in Westdeutschland heute noch anzuwenden spottet jedem juristischen Verstand, nicht zuletzt weil diese Verbotsverfügung heutigen Organisationsverboten mitnichten mehr stand halten würde. Demokratische Grundrechte waren in der Nachkriegs-BRD ein Fremdwort, wer sie trotzdem einforderte und beispielsweise Demonstrationen organisierte, wie die FDJ, bekam das Versammlungsrecht verwehrt, die Demonstrationen wurde für verboten erklärt. Wer trotzdem hinging, betätigte sich verfassungsfeindlich.

Aus einer Waffe im Kalten Krieg – dem Verbot der FDJ in den 50er Jahren – heute eine zulässige juristische Argumentation



Montag 27. Juli in München:

Kundgebung gegen den Rassismus der bayer. Staatsregierung gegen Roma und Sinti. Unser Zeichen ist und bleibt sichtbar.

Wiedervereinigung auch alles nach Recht und Gesetz abgelaufen ist – ignoriert.

Unser Recht einzufordern, müssen wir also mit aller Vehemenz – wissend, dass wir es nur so lange haben werden, so lange wir es verteidigen, denn Recht und Gesetz juckt in diesem Land einen Scheißdreck.*

Deswegen ist es nach wie vor die blanke Willkür, wie die Polizei gegen uns vorgeht, daran werden auch weitere Freisprüche nichts ändern. Vor Gericht steht eine Organisation, die in diesem Staat niemals freigesprochen werden darf, weil ihre Existenz sowie ihr Verbot ihre Wurzeln in der Annexion haben. Und deswegen werden wir von diesem Staat keinen Freispruch zu erwarten haben. Die Spektakel, die sie wie zur Zierde des eh schon hanebüchenen Verfahrens veranstalten, werden wir aber für unsere Sache zu nutzen wissen.

Li

** Wie es das Beispiel eines Münchner Polizisten belegt, der deutlich zum Ausdruck brachte, dass ihn der kurz zuvor erlassene Freispruch einen Scheißdreck interessiert, auf Weisung der Staatsanwaltschaft wurde das Tragen von FDJ-Symbolen weiterhin als Verstoß gegen §86a geahndet.*

verbot+++ Strafe ohne Tat und Ausreiseverbot +++ Strafe ohne Tat und Ausreiseverbot+++ Strafe ohne

Im Rahmen der Antiterrorgesetzgebung (Erweiterung des §89a) wird jetzt jeder mit 6 Monaten bis 10 Jahren Gefängnis bestraft, wer plant aus der BRD auszureisen um eine schwere Staatsgefährdung vorzubereiten. Das widerspricht demokratischem Recht! Denn es kann doch nur bestraft werden, wer eine Straftat begangen hat.

Seinen Hohn bekommt dies darin, dass die Gesetzgeber die Verfassung (GG Art. 10 Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis sowie Art. 13 Unverletzbarkeit der Wohnung) angreifen mit der Begründung die Verfassung schützen zu wollen. Sie müssten sich selbst ins Gefängnis stecken!

Der Entzug der Ausweispapiere und damit eines Teils der Bürgerrechte, die Aufhebung der Gleichheit vor dem Gesetz, ist hier eine weitere präventive Maßnahme, jeden Gedanken an Aufbegehren gegen die herrschende (Un)Ordnung zu unterdrücken.

+ Landfriedensbruch +++ Landfried

Faktische Wiedereinführung des „Landfriedensbruchs“-Paragraphen: der Gesetzentwurf im Bundestag sagt aus: wer Polizei, Feuerwehr- bzw. Katastrophenschutz Helfer im Dienst tätlich angreift (auch wenn sie gesetzwidrig handeln), soll mit 6 Monaten bis 10 Jahren Gefängnis bestraft werden. Bisher ist bei einem Angriff auf einen Polizisten bei einer Vollstreckungshandlung noch eine Geldstrafe möglich; für eine „versuchte einfache Körperverletzung“.

Militär +++ Militär +++ Militär +++

Aufrüstung des Militärs um den wachsenden Aufgaben gerecht zu werden. Entscheiden was die wachsenden Aufgaben sind, tun Militär und Vertreter der Rüstungsindustrie und Banken.

Für die Auftritte der Bundeswehr zum 60. Jahrestag der illegalen Remilitarisierung der BRD können selbst Autobahnen gesperrt werden.

+++ Spanien: Polizei legt Strafe fest +++ Spanien: Polizei

Wozu unsere Herrschenden noch fähig sind, beweisen sie gerade in Spanien. Dort wird das Demonstrieren gesetzlich abgeschafft. Ob sich das Volk dies gefallen lassen wird und die Strafen zwischen 600 und 600.000 € bezahlt wird sich noch zeigen. Vorerst darf die Polizei zur Entlastung der Gerichte diese Bußgelder wie Knöllchen verteilen. Es reicht dabei schon ein geringer Anlass, wie das Fotografieren eines Polizeiautos auf einem Behindertenparkplatz.

Aktuelle Faktensplitter zum Notstand der Republik oder wie man nach und nach die Demokratie zerfetzt

notstand+++ Versammlungsnotstand +++ +++Versam

Die bayrische Landesregierung setzt das Versammlungsrecht ausser Kraft und fordert die Landwirte, auf den Demokraten die Wiesen nicht für ihr Protestcamp gegen den G7-Gipfel zur Verfügung zu stellen. Und weil das nicht reicht, wird ein angemeldetes Camp, in 1000 Meter Höhe, im Monat Juni wegen Hochwassergefahr verboten!

Das Schengener Abkommen wird ausser Kraft gesetzt und es werden wieder Kontrollen an der Grenze der BRD durchgeführt, um die Demokraten an der Einreise zu hindern.

Die Verantwortlichen an diesen Maßnahmen lesen sich wie das „Who is Who“ des deutschen Staatsapparates: Die Polizeien der Länder, Bundespolizei, Bundeskriminalamt (BKA), Landeskriminalämter (LKA), Verfassungsschutzämter des Bundes und der Länder, Zoll, Polizei von Österreich und Tirol, Militärischer Abschirmdienst (MAD) und Bundesministerium des Inneren (BMI), Auswärtiges Amt, Technisches Hilfswerk (THW) und Bundeswehr, Vertreter der Deutschen Bahn und das gemeinsame Extremismuszentrum „Links“.

BKA & Wirtschaft +++ BKA & Wirtsc

Sicherheitsverantwortliche der Wirtschaft treffen sich auf Tagungen mit Vertretern des Bundeskriminalamtes (BKA). So ein Zugriff auf Teile des Staatsapparates war schon bei der Errichtung des Faschismus 1933 notwendig.



Wir sind Deutschland.
Nein!
Wir sind eine Einheit.
Hier gibt es kein wir!
Volksseinheit.
Wir sind die
Nicht noch mal
Volksgemeinschaft.
Wir sind die
folgen wir
Vorkriegsgeneration.
Wir sind die
unseren Herren
Volksgemeinschaft.
Wir sind die
in den Krieg!
Vorkriegsgeneration.

Was am 3. Oktober 1990 geschah, war keine Vereinigung zweier souveräner Staaten.

Die DDR-Bevölkerung wurde nicht gefragt. Es wurde auch nicht mal darauf geschaut, Teile des Staates der DDR zu übernehmen. Was hier geschah, war eine Einverleibung. Was hier geschah war die Annexion der DDR. Doch wer andere Völker unterdrückt, kann selbst nicht frei sein.

Darüber wollen wir mit Euch sprechen und natürlich werden wir auch nicht ganz untätig bleiben !

Start: 3. Oktober 10 Uhr Ende: 04. Oktober Mittags
Anmeldungen an gZR@fdj.de

**Inhalts-
verzeichnis** Deutsches Protektorat gegen Griechenland, S. 2 •• Kriegsgefahr, S. 4 •• Die größte Völkerwanderung nach dem zweiten Weltkrieg oder die Welt schreit nach dem Sozialismus, S. 8 •• Treten wir Sie in den Arsch, S.13 •• Streiks gegen Leiharbeit und Werkverträge bei Daimler und Post, S. 15 •• Zu einigen Fragen der Ökonomie der DDR, S. 16 •• Treuhand Griechenland, S.21 •• Geschlossene Unterbringung für Flüchtlinge, S. 23 •• Im Blauhemd, mit Rad, Kanu, Zug und Auto, S. 25 •• Warum bin ich im Förderkreis der FDJ, S. 29 •• Namensgebung der Jugendhochschule der FDJ am Bogensee, S. 30 •• Nachrichten aus der Provinz, S. 31 •• Kinderarmut, S. 33 •• Tag der Bundeswehr, S. 35 •• FDJ Prozesse, S. 37 •• Notstandssplitter, S.39

**Impressum /
Abonnement** Die FANFARE ist das Infoblatt der Freien Deutschen Jugend.
 Quellen- und Bildnachweise auf Anfrage. Sämtliche Artikel geben lediglich die Meinung des Verfassers wieder.
 Abo: Je 4 Ausgaben zum Preis von 5€ + Porto. Zu bestellen bei: fanfare@fdj.de.
 Herausgeber: FDJ Zentralrat; E.i.S
 V.i.S.d.P.: M. Wildmoser, c/o FDJ Zentralrat, Karl-Liebknecht-Haus, Weydingerstr 14-16, 10178 Berlin
 Tel./Fax: 030-24 00 92 11, Mail: Fanfare@FDJ.de, Internet: www.FDJ.de

München, Nymphenburger Schloss
am 27. Juni 2015

Gewalt gegen friedlichen Bundespräsidenten Gauck



Liebe Freunde und Genossen,

am Rande des heutigen Militärspektakels am Nymphenburger Schloss, dem auch unser Bundespräsident Gauck beiwohnte, kam es zu äußerst unschönen Szenen gegenüber dem dazu ausdrücklich eingeladenen Staatsgast. Aber, man sah es deutlich im Vergleich zu den übrigen Gästen, er zeigte Blässe im Gesicht. Zwei Militärpolizisten die offensichtlich die Brisanz ihres Tuns verkannten, stießen ihn daraufhin brutal von der extra für ihn aufgebauten Ehrentribüne, so daß er doch tatsächlich sein ehernes Gesicht verlor. Ein aufmerksamer Zuschauer fotografierte geistesgegenwärtig diese hässliche Szene. Gauck wurde mit Handschellen gefesselt, unter heftigster Gewalt-Anwendung über den zwar frisch gemähten, aber schlecht gepflegten Rasen geschleift, so daß mancher der anwesenden Zuschauer den Eindruck gewinnen konnte, hier sollte ein Exempel statuiert werden: Niemand dürfe Schwäche zeigen bei der Unterstützung des Militarismus, auch wenn der Präsident alles tat, um an diesem heeren Ort, dekoriert mit dem Eisernen Kreuz Flagge zu zeigen.



Erschüttert und ehrfürchtig zugleich
ein Beobachter